

Volkhard Mosler

An Krieg wieder gewöhnen?

Niemals!

Die Rückkehr des
deutschen Militarismus



edition Aurora

Bestellungen über: T. ten Brink, Basaltstr. 43, 60487 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 77 20 54 oder edition.aurora@t-online.de

Zweite, erweiterte Auflage

© 1999 Verein für Geschichte und Zeitgeschichte
der Arbeiterbewegung e. V. (VGZA e. V.), Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten

- edition aurora -

Druck: Pollinger, Frankfurt am Main

Vertrieb über: Tobias ten Brink, Basaltstr. 43, 60487 Frankfurt

Inhaltsverzeichnis

Der Balkan-Krieg 1999 und die neue Weltordnung	4
Teil I: Krise und Imperialismus	
1. Wie friedlich ist der Kapitalismus?	9
2. Der Kapitalismus - ein explosives Krisensystem	12
3. Was ist Imperialismus?	16
Teil II: Die Etappe des Rüstungskapitalismus	
4. Staatskapitalismus und Militarismus	22
5. Krise und Globalisierung	26
6. 1948-89: Der westdeutsche Huckepack-Imperialismus	30
Teil III: Deutschland und der neue Imperialismus	
7. Kann der Kapitalismus abrüsten?	35
8. Der neue Imperialismus	40
9. Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik	44
Perspektiven: Antimilitarismus und Sozialismus	52

Der Balkan-Krieg 1999 und die neue Weltordnung

Im Dezember 1989, nur wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer, erklärten die Präsidenten der USA und Rußlands, Bush und Gorbatschow, gemeinsam den Kalten Krieg für beendet, der über vierzig Jahre der Welt seinen Stempel aufgedrückt hatte. „Eine neue Ära des Friedens und der Entwicklung“ versprachen sie. Zehn Jahre später, im März 1999, waren deutsche Soldaten zum ersten Mal seit 1945 wieder an einem Krieg beteiligt. Der Gegensatz zwischen NATO und Rußland hat sich in der Folge des Krieges auf dem Balkan dramatisch verschärft.

Die rot-grüne Bundesregierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer will nicht von „Krieg“ und „Kriegsbeteiligung“ reden. Angeblich ginge es bei diesem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr um die „Verhinderung von Völkermord“ (Verteidigungsminister Rudolf Scharping, SPD). Sie reden von „serbischen KZs“ und „Massendeportationen“ und vom „neuen Faschismus“ des Serbenführers Slobodan Milosevic (Fischer). Gerhard Schröder will sich später nicht vorwerfen lassen, ähnlich versagt zu haben, wie die Generation seiner Eltern angesichts des Hitlerfaschismus. Wenn er später einmal gefragt werde, möchte er sagen können: „Das mir Mögliche und Vertretbare habe ich getan.“¹

Aber Hitler war der Führer der zweitgrößten Industriemacht der Welt, als er 1933 an die Macht kam. Er zerschlug, gestützt auf die doppelte Macht einer riesigen faschistischen Massenbewegung und des bürgerlichen Staatsapparates, die gesamte deutsche Arbeiterbewegung, das gesamte demokratische Leben, ließ sechs Millionen Juden, eine halbe Million Sinti und Roma und hunderttausende Behinderte in Auschwitz und anderen KZs vergasen und überzog bei seinem Versuch, die Weltherrschaft zu erringen, Westeuropa, Dänemark und Norwegen, ganz Osteuropa und Rußland bis zum Kaukasus, den Balkan und Nordafrika mit seiner riesigen Kriegsmaschinerie. Serbien unter Milosevic konnte noch nicht einmal seine kleineren Nachbarn Kroatien und Bosnien im letzten Balkan-Krieg (1993-95) besiegen.

Unter Milosevics „neuem Faschismus“ hat es dagegen wiederholt Massendemonstrationen und Streiks gegeben, die ihn sogar zweimal fast gestürzt hätten (März 91, November 96 bis Januar 97). Wie schrecklich die Ereignisse im Kosovo auch sind, sie sind mit dem Holocaust nicht vergleichbar. Die Nazis führten Namenslisten über alle Juden in allen von ihnen besetzten Teilen Europas. Diese Listen wurden benutzt, um die Juden auf Züge zu bringen, nicht um sie als Flüchtlinge über die nächste Grenze zu bringen und sie zu vertreiben, sondern um sie in Vernichtungslager zu deportieren, sie dort zu vergasen und ihre Körper zu verbrennen. Hier fand tatsächlich ein Völkermord, d. h. die systematische, industrielle Vernichtung eines ganzen Volkes statt.

Fischer, Scharping und Schröder haben im sogenannten Historikerstreit in den 80er Jahren stets im Lager der Linken gestanden und die Einzigartigkeit des Hitlerregimes betont. Damals hatten national-konservative Historiker und Politiker wieder einmal den Versuch gemacht, Hitler geschichtlich „einzureihen“, indem man seine Verbrechen mit anderen brutalen, barbarischen Regimes des 20. Jahrhunderts verglich und so zu „relativieren“ versuchte. Die serbische Kriegführung ist dagegen erschreckend gewöhnlich.

Die schrille Dämonisierung eines Milosevic durch Fischer und Scharping, oder wie es der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers ausdrückte, der „moralische Überschuß“ in den Reden der Regierungspolitiker, „mag dazu dienen, die Bundesbürger von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen ...“ und „sich der Unterstützung der eigenen Leute“² zu versichern. Die „eigenen Leute“ von SPD und Grünen sind die kleinen Leute, die Masse der Arbeitnehmer, die die Kosten aller modernen Kriege zu bezahlen haben, sowohl mit Steuern und Abgaben wie mit ihren Körperteilen und ihren Leben. Und nicht zuletzt sind die schrillen Töne dafür gedacht, die aktuelle und potentielle Kriegsopposition außerhalb und innerhalb des rot-grünen Regierungslagers mit schwerem Geschütz zu isolieren.

Worum es nicht geht

Kriegsgegner haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Unterdrückung der Kurden durch die Türkei oder Ost-Timors durch Indonesien dem Terror von Milosevics Bürgerkriegstruppen im Kosovo in nichts nachstehen, diese Staaten aber nach wie vor mit Waffenlieferungen und Krediten von der deutschen und amerikanischen Regierung unterstützt werden. Scharping hat für diese Kritiker einen bildhaften Vergleich: „Manche argumentieren: Wenn zehn Menschen ertrinken und ich nicht alle retten kann, dann versuche ich es auch nicht bei einem.“ Das wäre „ein absurdes, unmenschliches Verhalten“. Die „Europäer aus ihrer humanistischen Tradition heraus“ (!), fügt Scharping hinzu, beanspruchten zwar eine „weltweite Geltung der Menschenrechte. Aber unsere Handlungsmöglichkeiten reichten nicht so weit wie unser Anspruch.“³

Auf den ersten Blick ein durchaus plausibles Gegenargument. Stefan Baron, Herausgeber der *Wirtschaftswoche*, weist darauf hin, daß in der Krajina (heute Kroatien), 1995 die kroatische Regierung „mit ebenso brutaler Gewalt wie heute die serbische im Kosovo“ vorging und innerhalb weniger Tage rund 150 000 Serben aus einem Gebiet vertrieben worden seien, das 500 Jahre ihre Heimat war. „Die NATO“, schreibt Baron, „protestierte nicht einmal, geschweige denn warf sie Bomben. Die USA ermunterten die Kroaten eher.“⁴ Militärberater der USA hatten den Feldzug der Kroaten damals unterstützt.

Baron kommt zu dem Schluß, daß Milosevic zwar ein verabscheuungswürdiger Politiker sei. Die USA und andere NATO-Staaten hätten sich aber „bisher nie gescheut, mit solchen Menschen zusammenzuarbeiten, wenn es ihnen opportun erschien.“ Die Argumente des Bundeskanzlers seien entweder „naiv oder heuchlerisch“. Als Grundlage für eine verlässliche deutsche Außenpolitik könnten sie keinesfalls dienen. Denn Staaten hätten „keine Moral, sondern Interessen“.

Auch das *Handelsblatt* warnt vor einer „Überbetonung der moralischen Gründe für die Intervention“. Nationale Interessen spielten natürlich eine Rolle, und man müsse auch bei der Kriegsführung dahin kommen, daß „diese Interessen offen angesprochen“ werden, wie es in den anderen NATO-Partnerländern der Fall ist.

Worum es geht

Aber die konservativen und bürgerlichen Kritiker einer „allzu emotionalen Rhetorik“ bei der Kriegspropaganda gehen nicht so weit, die nationalen, deutschen oder amerikanischen Interessen in diesem Krieg zu benennen. Stefan Baron fragt lediglich:

„Welches Interesse aber hat Deutschland, um den Preis, das Blut seiner Söhne (!) zu vergießen, den Kosovo-Albanern zu ihrem Recht zu verhelfen?“ Und das *Handelsblatt* fordert, daß „eine grundsätzliche Diskussion über die Bedingungen des Einsatzes deutscher Soldaten ... spätestens nach dem Ende des Kosovo-Krieges beginnen“ müsse.

In diesen Formulierungen drückt sich ein Unbehagen aus, das auch in den Auftritten der konservativen Politiker immer stärker zum Ausdruck kam, nämlich die Angst, von den USA in eine Konfrontation mit Rußland hineingedrängt zu werden, die den Interessen und der außenpolitischen Strategie der deutschen herrschenden Klasse widerspricht. Schärfer als die Regierungspolitiker pochten Unionsredner wie Stoiber und Schäuble in den Bundestagsdebatten nach Kriegsbeginn darauf, daß es zu keinem Einsatz von Bodentruppen der Bundeswehr im Kosovo kommen dürfe. Und *Die Woche* sprach am 1.4.99 von einer „rot-grünen Koalition in Bonn, die sich durch Überanpassung an die Amerikaner auf Kriegskurshat locken lassen“.

Die Warnung vor einem „moralischen Überschuß“ bei der Kriegspropaganda Fischers und Scharpings bedeutet jedoch nicht, daß die CDU/CSU-Sprecher die nationalen Interessen der NATO-Staaten an diesem Krieg offenlegten. Der außenpolitische Sprecher der CDU, Lamers, betonte im Bundestag, daß die Bombardierung „ausschließlich von moralischen Motiven“⁵ getragen sei.

Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright hat das „geostrategische Interesse“ der USA auf den einfachen Punkt gebracht, „der Verlust des Kosovo“ würde „die US-Interessen in Europa beschädigen“ und „die US-Führungsrolle in der NATO“⁶ bedrohen. Für die NATO ist die Flüchtlingskatastrophe vor allem ein günstiger Anlaß, ihre Stellung weltweit zu stärken, koste es was es wolle.

Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 und dem Wegfall der „kommunistischen Gefahr“ erschien für kurze Zeit das Versprechen einer neuen, friedlichen Weltordnung glaubhaft. Die Menschen in allen Teilen der Welt hofften auf eine Ära der Abrüstung, des Friedens und des Wohlstands für alle.

Die bipolare Welt des Kalten Krieges war mit dem Ostblock zusammengebrochen, eine multipolare Welt mehrerer wirtschaftlich und politisch konkurrierender Machtzentren entstand, allerdings war es eine ungleiche Polarität. Die NATO, die ursprünglich als westliches Verteidigungsbündnis zur Abwehr der „kommunistischen Gefahr“ gegründet worden war, hatte plötzlich seinen Gegner verloren.

Die europäischen Mächte, allen voran das wiedervereinigte Deutschland und Frankreich, sahen nun die Notwendigkeit, eine unabhängige Militärmacht neben der NATO aufzubauen, die im Zweifelsfall auch unabhängig von den USA „europäische Interessen“ wahrnehmen sollte: die Westeuropäische Union (WEU).

Die USA waren entschlossen, dies zu verhindern. Ihr Ziel war und ist es, der Welt zu demonstrieren, daß sie die einzige Supermacht ist. Ihr strategisches Interesse besteht darin, die Hegemonie in der ganzen Welt auszuüben, ihre Interessen gegen kleine und große Mächte durchzusetzen.

Aus der Sicht der USA war die Gefahr groß, daß sich mit der Bildung einer neuen gemeinsamen Währungsunion ein rivalisierendes, ebenbürtiges Machtzentrum entwickeln könnte.

Immer wieder kommt es zwischen den USA und der EU, aber auch zwischen den USA und Japan, zu Handelskriegen. Die USA haben versucht, diese Staaten hinter sich zu bringen, indem sie zeigten, daß sie allein die Militärmacht besitzen, um als

Weltpolizist auftreten zu können und den kleineren „Schurken“-Staaten, die sich ihrer Hegemonie nicht fügen wollen, den gemeinsamen Willen der großen Mächte aufzuzwingen.

Das ist den USA 1991 im Krieg gegen Irak auch gelungen. Sie stellten durch ihren Militärsieg sicher, daß die Ölreichtümer der arabischen Halbinsel unter westlicher Kontrolle blieben.

Einen zweiten wichtigen Erfolg verzeichneten sie Mitte der 90er Jahre in Kroatien und Bosnien. Die Kohlregierung hatte mit ihrer frühen, bedingungslosen Anerkennung des kroatischen Regimes unter Franco Tudjman zwar den Funken an das Pulverfaß gelegt. Bis 1995 hatten die untereinander zerstrittenen europäischen Mächte dann die Verhandlungsführung, ihre Teilungspläne für Bosnien führten jedoch nur zur weiteren Verschärfung des Krieges. Nur die USA erwies sich schließlich als stark genug, den neu entstehenden Staatengebilden eine Ordnung aufzuzwingen, indem sie die kroatische Armee ausbildete, die bosnischen Muslime bewaffnete, die Serben bombardierte und zuletzt den Kroaten dabei half, ihr Staatsgebiet ethnisch von fast allen kroatischen Serben zu „säubern“.

Seitdem hat sie ihren Einfluß in Europa weiter gefestigt. 1997 kam es auf ihr Betreiben und gegen entschiedenen russischen Widerstand zur ersten NATO-Osterweiterung mit den früheren russischen Verbündeten Tschechien, Polen und Ungarn als Beitrittsstaaten. Europa konnte sich angesichts dieser Erfolge der USA nicht als unabhängige Militärmacht behaupten.

Die Kosovo-Krise birgt aus der Sicht der US-Regierung unter Bill Clinton Chancen und Gefahren. Mit Milosevic an der Spitze ist die Belgrader Führung ein Bündnispartner Rußlands, und die Gefahr eines Autoritätszuwachses von Milosevic liegt darin, daß auch andere ost- und südosteuropäische Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ukraine) gegen eine weitere Ausweitung der NATO mit antirussischer Stoßrichtung auftreten könnten.

Eine Niederlage von Milosevic würde umgekehrt den Einfluß der USA in der ganzen Region und weit darüber hinaus stärken. Auf dem Spiel steht: Die militärische Vorherrschaft der USA in Europa, die Beziehung zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die Hegemonie im Nahen Osten und der Zugang zu den riesigen, weitgehend noch unerschlossenen Öl- und Gasreserven in Zentralasien. „Wir sollten Bosnien nicht als Ostgrenze der NATO betrachten“, schrieb dazu eine führende amerikanische Zeitung im Anschluß an den Krieg um Bosnien 1996, „sondern als Westgrenze der rasch expandierenden amerikanischen Einflußsphäre im Nahen Osten.“⁷

Deshalb steigert die USA auch trotz Beendigung des Kalten Krieges ihren Rüstungshaushalt. Die NATO-Länder geben zusammen 400 Milliarden US-\$ für Rüstung aus, mehr als doppelt soviel wie alle früheren Ostblockländer, China, Nordkorea, der Rest Asiens, der Nahe Osten und Nordafrika zusammen.

Das Ende des Kalten Krieges hat auch für den deutschen Kapitalismus eine neue Lage entstehen lassen. Es ist viel von „größerer Verantwortung“ und von „Normalisierung“ die Rede. Das Streben nach weltweiter militärischer Einsatzfähigkeit der Bundeswehr ist unübersehbar. Vor allem in Osteuropa sieht Deutschland die Chance, wieder an ihre frühere dominierende Stellung anzuschließen.

Die zurückhaltende und eher vorsichtige Tonlage der Konservativen spiegelt die Furcht vor einer Eskalation des Konflikts mit Rußland unter amerikanischer Führung wider, dessen Preis aber wirtschaftlich und politisch nicht die USA sondern Deutsch-

land bezahlen müßte. Eine neue Konfrontation zwischen NATO und Rußland würde die Vormachtstellung der USA innerhalb der NATO zementieren, da sie Deutschland als Nicht-Nuklearmacht und als europäische Mittelmacht erneut unter das Atomschild der USA zwingen würde und damit zu einer Neuauflage von Abhängigkeiten führen würde, wie sie während des Kalten Krieges bestanden. Der Versuch Deutschlands und Frankreichs mit der WEU ein Gegengewicht zu den USA aufzubauen, wäre auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt. Das Mißtrauen gegenüber den USA ist deshalb unüberhörbar.

Das Ende des Kalten Krieges hat die schon lange schwelenden Handelskonflikte zwischen den USA und den Staaten der EU einerseits, mit China und Japan andererseits, offen ausbrechen lassen. Die schleichende weltweite Wirtschaftskrise hat diese Konflikte weiter verschärft.

Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor das Interesse an der „Normalisierung“, d. h. an der Gewöhnung des deutschen Volks daran, daß Drohung mit und Einsatz von militärischer Gewalt zur Durchsetzung „nationaler“ Interessen gehört. Der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr ist ein Durchbruch, auf den die herrschende Klasse fast zehn Jahre hingearbeitet hat. Auf die Frage, ob dies eine „Zäsur“ sei, antwortete General Bernd Müller: „Die Zäsur für die Bundeswehr, das war 1990. Deutschland wurde souverän und wir bekamen einen neuen Auftrag.“ Und auf die Frage nach der Legitimität des Angriffs Deutschlands auf Serbien sagt Bernd Müller: „Ein Angriff auf einen souveränen Staat ist von Zeit zu Zeit notwendig.“⁸

Dennoch ist die „Normalisierung“ noch nicht vollständig erreicht. Die Umerziehung des deutschen Volkes mit seiner „übertriebenen“ Friedenssehnsucht ist längst nicht abgeschlossen. Die Militarisierung Deutschlands ist jedoch, wie in der vorliegenden Broschüre gezeigt werden soll, zwingend vorgeschrieben.

Sie ergibt sich daraus, daß eine wirtschaftliche Weltmacht wie Deutschland seine weltweiten Expansionsbestrebungen nicht mehr stellvertretend durch eine andere Weltmacht, die USA, geschützt sieht.

Zehn Jahre „neue Weltordnung“ sind geprägt durch eine schleichende Weltwirtschaftskrise des „siegreichen“ Kapitalismus einerseits und durch zunehmende politische Instabilität andererseits. Den Ursachen des neuen Militarismus auf den Grund zu gehen, aber auch falsche Lösungen als solche sichtbar zu machen, um den Blick für einen erfolgreichen Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr zu schärfen, ist das Ziel der vorliegenden Broschüre.

-
- 1 Der Spiegel, 15/1999
 - 2 Handelsblatt, 16./17. 4. 1999
 - 3 Frankfurter Rundschau, 27. 3. 1999
 - 4 Wirtschaftswoche, 16/1999
 - 5 Süddeutsche Zeitung, 16. 4. 1999
 - 6 Socialist Worker, 10. 4. 1999
 - 7 New York Times, 2. 1. 1996
 - 8 Die Zeit, 8. 4. 99

Teil I:

Krise und Imperialismus

1 ● Wie friedlich ist der Kapitalismus?

„Der herrschende Kapitalismus, wie er in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen englischsprachigen und pazifischen Staaten existiert, ist ein im Grundsatz friedliches System.“ Dieser Satz aus einem bekannten Buch des amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith¹ weckt Optimismus. Seine Friedfertigkeit bezieht der Kapitalismus nach Galbraith aus der ihm eigenen Zweckrationalität, die sich aus seiner Ökonomie ergibt: In vor- und frühkapitalistischen Gesellschaften führte die „Gier nach Land“ häufig zu Kriegen. In dem Maße, wie es darauf ankam, eine qualitätsvolle Industrieproduktion zu organisieren, und wie es heute darum gehe, weltumspannende Daten und Finanzströme zu steuern, habe diese alte Ursache von Kriegen an Gewicht verloren. Territorialer Besitz sei unwichtiger geworden, und das Ende der alten Kolonialregime nach dem zweiten Weltkrieg zeuge davon.

Es fällt auf, daß Galbraith nur den entwickelten, reichsten Industriestaaten (Europa, USA und pazifische Staaten wie Japan) sein Attest der Friedfertigkeit ausstellt. Die „reichen Länder“ lebten „eigentlich alle in Frieden miteinander. Die armen, die nichts zu verlieren haben, nicht.“² Den Grund für die Friedfertigkeit der reichen und die Kriegsanfälligkeit der armen Staaten sieht Galbraith vor allem darin, daß die Feudalklassen mit ihrer „Gier nach Land“ in großen Teilen Afrikas und Asiens immer noch herrschen. In den reichen Ländern ergebe sich die Politik aus der wirtschaftlichen und der damit verbundenen kulturellen Leistung.

Galbraith steht nicht allein mit seinem Urteil. Kriege drohen, so die öffentliche Meinung, von Diktatoren wie Saddam Hussein oder durch islamisch-fundamentalistische Fanatiker, nicht aber von den zivilisierten Ländern der westlichen Demokratien. Kriege werden als Resultat politischer Faktoren erklärt, nicht als Ausdruck wirtschaftlicher Interessen.

Nun waren es aber gerade die „zivilisierten“ Staaten, die im 20. Jahrhundert die größten, grausamsten und zahlreichsten Kriege geführt haben. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 beherrschten England, Frankreich, Holland, Belgien, Spanien, Portugal, Italien, die USA, Japan und Rußland Afrika, Asien und große Teile Mittel- und Südamerikas in Form von Kolonialreichen, die sie nur mit Hilfe militärischer Gewalt hatten unterwerfen können. Aber auch nach dem Zusammenbruch der alten Kolonialreiche nach 1945, der selbst ein blutiger Prozeß antikolonialer Befreiungs-

kriege war, führten die entwickelten Industriestaaten zahlreiche Kriege und bewaffnete Interventionen durch.

Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung aus dem Jahr 1982 fanden zwischen 1945 bis 1982 insgesamt 148 Kriege und bewaffnete Konflikte statt. An 59 dieser Kriege waren die USA, Großbritannien und Frankreich unmittelbar mit eigenen Truppen beteiligt. Der längste und blutigste Krieg, der Vietnamkrieg (1964-75), endete mit einer Niederlage der USA. Dies verschaffte den Völkern der Dritten Welt eine Verschnaufpause von sieben Jahren, in denen sich die USA nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligten. Zwischen 1983 und 1999 führten allein die USA zwölf weitere Kriege oder Militäraktionen durch (Grenada 1983, Libyen 1986, Libanon 1986, Iran 1988, Panama 1990, Irak 1991, Haiti 1994, Somalia 1994, Bosnien 1995/96, Sudan und Afghanistan 1998, Irak 1998, Jugoslawien 1999). In keinem Fall waren die USA von einem dieser Staaten angegriffen worden.

Französische Truppen waren zwischen 1945 und 1982 an 15 Kriegen beteiligt, britische an 18 Kriegen.

In die meisten übrigen Kriege waren die Großmächte und ehemaligen Kolonialmächte indirekt verwickelt, indem sie eine der kriegführenden Parteien mit Waffen, Geld und Militärberatern ausrüsteten. Beispielhaft hierfür ist der Bürgerkrieg in Angola (1975-heute). Die USA (und das rassistische Südafrika) rüsteten über zwei Jahrzehnte die als antikommunistisch auftretende UNITA-Bewegung Savimbis auf und schürten so einen der längsten und blutigsten Kriege der letzten zwanzig Jahre. Viele Kriege in den ehemaligen Kolonien gehen auf die Politik der Kolonialmächte zurück. So ist der Bürgerkrieg zwischen Hutus und Tutsis in Ruanda eine Folge von Stammes rivalitäten, die unter der französischen Kolonialherrschaft geschürt worden waren.

Die Tatsachen sprechen nicht für die Annahme vom friedlichen Charakter des entwickelten, westlichen Kapitalismus.

Richtig an Galbraiths Thesen ist, daß der Reichtum der feudalen Klassen des Mittelalters auf dem Besitz von Land und dazugehörigen leibeigenen Bauern beruhte und daß Landnahme durch Krieg ein zentrales Mittel der Bereicherung der Feudalklassen war. Je mehr sich der Kapitalismus entfaltete und zur vorherrschenden Produktionsweise wurde, desto weniger konnte die feudale Gier nach Land noch Kriege erklären. Bei genauerem Hinsehen herrscht aber die kapitalistische Produktionsweise heute in allen Staaten der Welt, eine feudale herrschende Klasse gibt es nirgends mehr. Selbst in den ärmsten Staaten Afrikas liegt die Macht bei einer städtischen Klasse von reichen Kapitalisten oder Bürokraten. Zugleich ist die Welt nicht friedlicher geworden, neben alte regionale Konfliktherde sind auf dem Balkan und im Gebiet der ehemaligen UdSSR neue getreten. Die weltweite Wirtschaftskrise vom Beginn der neunziger Jahre hat die weltweite Nachfrage nach Rüstungsgütern zwar gedämpft, zugleich aber, wie der Golfkrieg von 1991 und der Tschetschenienkrieg von 1994-96 zeigen, die Neigung der waffentechnisch überlegenen Großmächte gestärkt, ihre militärische Überlegenheit für die Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen zu nutzen.

Ist diese katastrophale Entwicklung, für die die französischen, chinesischen, pakistanischen und indischen Atombombenversuche ein Symbol geworden sind, zufällig, beruht sie auf „Fehlern“ der Kapitalisten oder Regierungen, die ebensogut vermieden werden könnten? Oder wirkt sich hier eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus aus?

„Landgier“ einer Feudalklasse kann den Krieg auf dem Balkan 1991-95 oder den Golfkrieg von 1991 jedenfalls nicht erklären, denn weder im ehemaligen Jugoslawien noch in den USA oder im Irak gibt es heute noch eine herrschende Feudalklasse. So müssen wir uns fragen, ob es nicht doch „kapitalistische“ Kriege gibt und welcher Art das Zusammenspiel von Ökonomie und Politik, von multinationalen Konzernen³ und dem Nationalstaat sowie dessen Militärmacht im entwickelten Kapitalismus ist.

¹ John Kenneth Galbraith: *Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert: ein Augenzeugenbericht*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1995, S. 275

² J. K. Galbraith, a. a. O., S. 190

³ Der geläufige Begriff des „multinationalen Konzerns“ trifft den Sachverhalt nicht genau, da die in mehreren Staaten operierenden Konzerne von ihrem jeweiligen Stamm-land, das sie politisch beim Eindringen in die Märkte anderer Länder unterstützt, abhängig sind. Sie sind daher genauer als „transnationale Konzerne“ zu bezeichnen.

2 ● Der Kapitalismus - ein explosives Krisensystem

Der Kapitalismus unterscheidet sich von allen vorkapitalistischen Wirtschaftsweisen im Ziel der Produktion. Nicht die Befriedigung von Bedürfnissen der herrschenden Klassen (und der unterdrückten Klassen, soweit die niedrige Produktivität der Arbeit noch etwas übrigließ), sondern das Erzielen von Profit ist der Motor der Wirtschaft. Nur solange die Kapitalisten einen genügend hohen Profit machen, werden sie die Produktion fortsetzen. Die Konkurrenz mit anderen Kapitalisten zwingt sie, „*bei Strafe ihres Untergangs*“ (Marx) zu akkumulieren und aus Kapital immer mehr Kapital zu machen. Deshalb ist der Kapitalismus ein dynamisches System, das nie stillstehen kann, das beständig seine Produktion und damit auch das Leben der Menschen, die darin arbeiten, umwälzen muß.

Karl Marx beschrieb diese Dynamik so:

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus.“¹

Irrationalität des Marktes

Wenn Marx einerseits die Dynamik des Kapitalismus durchaus anerkannt hat, so sieht er doch zugleich, daß dieser Dynamik untrennbar eine zerstörerische, unmenschliche Irrationalität innewohnt. Denn die Produktion konkurrierender Firmen wird nur durch den Markt koordiniert. Kein Kapitalist kann seine Produktion fortsetzen, wenn er seine Waren nicht verkaufen kann. Aber seine Absatzchancen hängen von den Ausgaben anderer Kapitalisten ab, sei es für Luxusgüter für den eigenen Konsum oder für Investitionsgüter für die eigenen Firmen, sei es für die Löhne ihrer Arbeiter (die diese dann wiederum für ihren Unterhalt ausgeben). Aber auch die anderen Kapitalisten können nur das ausgeben, was sie zuvor durch den Verkauf ihrer Waren eingenommen haben.

Produktion für den Markt bedeutet, daß alles von allem abhängig ist. Wenn die Kette von Kauf und Verkauf irgendwo stockt, kann das ganze System zum Stillstand kommen. Dann bricht eine Krise aus.

Die Geschichte des industriellen Kapitalismus ist eine Geschichte von immer wiederkehrenden Aufschwüngen und Krisen. Die Wirtschaft bewegt sich zwar, aber nicht kontinuierlich, sondern sprunghaft mit Unterbrechungen und Rückschlägen.

Allein in den letzten 25 Jahren haben die Weltwirtschaft und die westdeutsche Wirtschaft drei Rezessionen erlebt. (Und 1999 befinden sich wieder bereits 40 % der Welt in einer Rezession.) Jede dieser Krisen hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland ansteigen lassen, auf 1 Million 1975, 2 Millionen 1981 und auf 3,5 Millionen 1993. Armut

und Obdachlosigkeit wachsen zugleich. Solche periodischen Krisen sind, wie Karl Marx schon vor 150 Jahren wissenschaftlich nachgewiesen hat, ins System der freien Marktwirtschaft eingebaut.

Die meisten bürgerlichen Ökonomen gingen und gehen von einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage aus und ignorieren die Krisen. Einige, wie der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter in den dreißiger Jahren, reden von der Krise als einer Phase „ *kreativer Zerstörung*“. Danach bilden Krisen nur die Übergänge zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung des Kapitalismus, zu einem neuen Gleichgewicht.

Im wirklichen Leben bedeutet „kreative Zerstörung“ Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und Verelendung von Millionen Menschen, trotz wachsenden gesellschaftlichen Reichtums. Es steht in einem krassen Gegensatz zu den Illusionen, die offiziell von den Vordenkern der freien Marktwirtschaft verbreitet werden und die nicht müde werden zu versprechen, daß man nur den Kräften des Marktes rückhaltlos vertrauen müsse, damit sich Wohlstand für alle bald einstellen werde.

Dies wurde den Menschen im früheren Ostblock gepredigt, als die staatskapitalistische Wirtschaftsweise in den achtziger Jahren in eine tiefe Krise geraten war. Die gleiche Botschaft wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) an 60 bis 70 Länder der Dritten Welt gerichtet. Unter dem Druck des IWF führten diese Länder „strukturelle Anpassungsprogramme“ mit dem Ziel durch, diese Staaten den Kräften des Marktes uneingeschränkt zu unterwerfen. Weder in den Ländern des ehemaligen Ostblocks noch in denen der Dritten Welt stellte sich jedoch ein wirtschaftliches Gleichgewicht ein. Eine weitgehende Zerstörung von Produktivkräften war vielmehr die Folge. Der osteuropäische Wirtschaftsraum wurde von der tiefsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte erschüttert, zwanzig bis vierzig Prozent der Industrieanlagen wurden in wenigen Jahren stillgelegt, ein Ende des Niedergangs ist nicht abzusehen.

Die Einführung der freien Marktwirtschaft werde, so versprach es Kohl der DDR-Bevölkerung im Wahlkampf 1990, ein ähnliches Wirtschaftswunder („blühende Landschaften“) bringen, wie es Westdeutschland in den fünfziger und sechziger Jahren erlebt hatte. Ein halbes Jahrzehnt danach sind über achtzig Prozent der Industrieproduktion der ehemaligen DDR ersatzlos stillgelegt, der ostdeutsche Absatzmarkt wird weitgehend von westlichen Firmen bedient, die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent. In den Ländern Afrikas bedeuteten die Anpassungsprogramme massive Kürzungen des Lebensstandards der Menschen und Hungertod für Millionen, obwohl der Kontinent 20 Jahre zuvor bereits genügend Lebensmittel für seine Bewohner produziert hatte.

Fall der Profitrate

Das periodische Wechselspiel von Krise - Aufschwung - Krise läßt sich für das 19. Jahrhundert durchgehend nachweisen. Zu Marx' Zeiten dauerte ein Zyklus etwa 10 Jahre. Allerdings nahmen die Krisen an Schärfe und Dauer zu und die Aufschwünge wurde flacher und kürzer. Nach 1873 geriet der Kapitalismus in eine länger anhaltende Stagnationskrise, die als „große Depression“ bezeichnet wird und die bis ins letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts reichte. Wie konnte es zu dieser Verschärfung der kapitalistischen Krise kommen?

Marx fand eine Erklärung im von ihm so genannten „*Gesetz vom tendenziellen Fall*

der Profitrate“, das der kapitalistischen Wirtschaft anhafte. Jeder Kapitalist liegt in ständiger Konkurrenz mit anderen Kapitalisten. Die einzige Chance zu überleben sieht er darin, ständig neue Maschinen und Produktionstechniken einzuführen, die „tote“ oder „geronnene“ Arbeit darstellen. Jeder Kapitalist muß so viel arbeitssparende Investitionen tätigen wie nur möglich. Und so wachsen die Investitionen schneller als das Heer der Arbeitskräfte. Das Wertverhältnis zwischen Investitionen und Arbeitslöhnen (das Marx die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ nannte) tendiert dazu, zu wachsen.

Für den einzelnen Kapitalisten ist das kein Problem. Jedes einzelne Unternehmen wird versuchen, seine arbeitssparenden Investitionen schneller einzuführen als die Konkurrenz, um so billiger als diese zu produzieren und sie aus dem Markt zu verdrängen. Darin sieht es auch den sichersten Weg, seinen Profit zu erhöhen.

Aber für den Kapitalismus als Gesamtsystem kann es sehr wohl zum Problem werden. Denn wenn jede einzelne Firma arbeitssparende Investitionen einführt, wird das Verhältnis zwischen Investitionen und Arbeitslöhnen im Gesamtsystem größer. Weil aber der Profit nicht aus den Maschinen kommt, die nur den Wert wieder abgeben können, der in ihnen steckt, sondern aus der lebendigen Arbeit, bedeutet die Verdrängung der Arbeit zugleich ein allmähliches Versiegen der Quelle des Profits: Investitionen steigen schneller als Profite. Wenn das so ist, dann muß die Profitrate („Gewinne auf eingesetztes Kapital“) fallen.

Was gut für den Einzelkapitalisten ist, ist schlecht für das Gesamtsystem. Die Einzelkapitalisten (und mit ihnen die bürgerlichen Ökonomen) sehen das natürlich anders.

Marx ging allerdings davon aus, daß die Profitrate nur langfristig („tendenziell“) fällt und daß es eine Reihe entgegenwirkender Faktoren gibt, die den Fall aufhalten, verlangsamen oder sogar zeitweise umkehren können. Eine Möglichkeit des Entgegenwirkens besteht für den Kapitalisten darin, die Ausbeutungsrate (Anteil der unbezahlten Arbeit) zu erhöhen, indem er die Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich verlängert, oder durch Leistungslöhne und ähnliches die Arbeit intensiviert, das heißt in der gleichen Zeit mehr Leistung aus seinen Arbeitern herausholt.

Einen anderen entgegenwirkenden Faktor sah Marx im Außenhandel der Industriestaaten mit den vorkapitalistischen Ländern seiner Zeit in Asien und Afrika. Die Kapitalisten konnten den Reichtum dieser Gesellschaften weit unter Wert zusammenraffen - entweder durch Raub oder durch ungleichen Tauschhandel (zum Beispiel von Glasperlen gegen Gold) und so ihre eigenen Profite erhöhen.

Einen dritten entgegenwirkenden Faktor sah er in der Krise selbst. Die periodischen Krisen sind zwar schrecklich für die Arbeiter und treiben viele Kapitalisten in den Ruin. Aber ganz gleich, wie tief die Krise sein mag, es bleiben doch immer einige Kapitalisten übrig, die von ihr sogar profitieren, indem sie die Pleitefirmen schlucken. Sie kaufen die Produktionsmittel weit unter ihrem alten Wert auf, übernehmen die Marktanteile der Pleitefirmen und können so expandieren, ohne die vollen Kosten für die modernen Maschinen und Anlagen bezahlen zu müssen. Das bedeutet, daß die Investitionskosten langsamer steigen als die Zahl der beschäftigten Arbeiter (deren Löhne in der Krise wahrscheinlich noch gesunken sind). So lindert die Krise den Druck auf die Profitraten und schafft so die Bedingungen für einen neuen Aufschwung.

Zentralisation des Kapitals

Die Krise führt zu einer Umstrukturierung des Kapitalismus, in der viele Firmen pleite machen, den überlebenden aber ermöglichen, ihre Profite auf Kosten anderer zu

steigern. So führen Krisen paradoxerweise zu einer Steigerung der Profitraten und einer wirtschaftlichen Erholung. Dies hat viele bürgerliche Ökonomen, aber auch linke Theoretiker dazu geführt, von der Krise als Phase „*schöpferischer Zerstörung*“ zu sprechen. Für das 19. Jahrhundert stimmte dies schon in den Jahren nach 1873 nicht mehr. Auf eine Krise folgte statt eines Aufschwungs eine lange Phase der Stagnation. Ähnlich war es in den dreißiger Jahren, und ähnlich ist es auch in den letzten 25 Jahren, in denen die Aufschwünge flacher und die Rezessionen (1974, 1981, 1991-93) tiefer wurden.

Das Problem ist, daß die Krise ihre „bereinigende“ Wirkung in dem Maß verliert, wie der Kapitalismus älter wird. „Älter“ bedeutet hier, daß - in Marx' Worten - ein Prozeß der „*Konzentration und Zentralisation des Kapitals*“ stattfindet. Die Zahl der konkurrierenden Firmen nimmt ständig ab, und zugleich nimmt ihre Betriebsgröße zu. Einige wenige große Firmen beherrschen schließlich ganze Industrien und ganze Volkswirtschaften.

Wenn eine Riesenfirma wie etwa ein großes, marktbeherrschendes Stahlwerk oder eine Großbank pleite macht, kann das enorme Auswirkungen auf den Rest der Wirtschaft haben. Banken oder Großanleger verlieren dann ihr Geld und werden mit in den Abgrund gezogen. Statt in eine „schöpferische Zerstörung“ einiger Firmen droht sich die Krise in ein schwarzes Loch auszuweiten, das produktive und unproduktive Teile der Wirtschaft gleichermaßen verschlingt.

Das heißt, daß die bereinigende und für das Kapital insgesamt produktive Wirkung der Krisen nachläßt, je weiter der Konzentrationsgrad der Wirtschaft gediehen ist. Die Gefahr der Pleite eines oder mehrerer Großbetriebe besteht darin, daß dies einen Dominoeffekt, eine Kettenreaktion auslöst. Diesen Effekt der Krise unter monopolähnlichen Strukturen konnte man am deutlichsten in der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 beobachten, als die Pleiten einiger Banken eine nicht enden wollende Spur der Verwüstung hinterließ, die erst durch den Zweiten Weltkrieg beendet wurde.

Schon in den Jahren der großen Depression 1873-95 und dann noch einmal in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zeigten sich die langfristigen Probleme des Kapitalismus. Aber beide Male fand das System einen Ausweg. Den Jahren der Depression folgte ein langer Aufschwung, der bis knapp vor den ersten Weltkrieg dauerte. Und der langen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre folgte ein noch längerer „Boom“ (1940-74) mit den höchsten Wachstumsraten, die das System überhaupt je erlebt hatte.

Am Ende der großen Depression und gegen Ende der Weltwirtschaftskrise entwickelte der Kapitalismus neue Mechanismen, die der Tendenz zur Verschärfung der Krise durch fallende Profitraten entgegenwirkten. Es ist auch nicht verwunderlich, daß in den langen Aufschwungsperioden vor dem Ersten Weltkrieg und dann wieder nach dem Zweiten Weltkrieg Ideen populär waren, die die Marxsche Krisentheorie für veraltet und überholt erklärten. Doch beide Male erwiesen sich die Gegenmaßnahmen als beschränkt, ihre Wirkung ließ nach und die Krisentendenzen stellten sich mit Macht wieder ein.

¹ Karl Marx, Friedrich Engels: *Das Manifest der Kommunistischen Partei*, Marx-Engels-Werke (MEW), Dietz Verlag, Berlin 1959, Band 4, S. 465

3 ● Was ist Imperialismus?

Eroberungspolitik, Unterwerfung ganzer Völker mit Waffengewalt, Kolonialpolitik und Imperialismus hat es seit Jahrtausenden gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und war imperialistisch. Eroberungskriege und Länderraub hat es auch im Feudalismus des Mittelalters gegeben, die Gier nach Sklaven war nur durch die Gier nach Land und zugehörigen Bauern ersetzt. Aber es kommt darauf an, die Besonderheit des modernen, kapitalistischen Imperialismus zu begreifen und zu verstehen, worin dieser sich von früheren Formen des Imperialismus unterscheidet. Die zwei Weltkriege des ablaufenden Jahrhunderts und das atomare Wettrüsten, die unübersehbare Tendenz der Menschheit zu einem Rückfall in die Barbarei sind überhaupt nicht zu verstehen und angemessen zu bekämpfen, wenn wir nicht die Besonderheiten des modernen Imperialismus erkennen.

Monopolistische Konkurrenz

Marxistische Imperialismustheoretiker wie der Österreicher Rudolf Hilferding („Das Finanzkapital“, 1910) oder der Russe Nikolai Bucharin („Imperialismus und Weltwirtschaft“, 1915), sehen im modernen Imperialismus ein bestimmtes Entwicklungsstadium des Kapitalismus. Sie unterscheiden den „jungen“ Kapitalismus, in dem die freie Konkurrenz zwischen vielen kleineren und mittleren Kapitalisten herrschte, von dem reifen Kapitalismus, in dem monopolistische Strukturen mit marktbeherrschenden Positionen weniger großer Kapitalisten an die Stelle der freien Konkurrenz der vielen Kapitalisten getreten sind.

Die Schwelle zum imperialistischen Stadium war die Stagnation des Kapitalismus zwischen 1873 und 1895. Dieser lag ein allmähliches Absinken der Profitraten in Europa zugrunde. Die periodischen Krisen wirkten dem Fall der Profitrate nur noch bedingt entgegen. Aber sie beschleunigten die Konzentration und Zentralisation des Kapitals hin zu monopolistischen Strukturen (beispielsweise zur Kartellbildung). Ist dieses Stadium der Konzentration erreicht, sind bestimmte Wirtschaftszweige erst einmal in der Hand eines oder weniger Kapitalisten, so findet nun ein qualitativer Umschlag statt. Das Monopol kann sich nur noch ausdehnen, indem es einerseits in andere Wirtschaftszweige innerhalb des Landes dringt, andererseits, indem es über die Grenzen des Landes hinausgreift. Bald entdeckt der Monopolkapitalist, daß außerhalb des Landes wesentlich höhere Profitraten winken, weil dort die Arbeitskräfte, Rohstoffe, Grund und Boden und andere Produktionsmittel extrem viel billiger sind. Zum traditionellen Warenexport kommt nun der Kapitalexport, das Monopol sucht nach neuen Profitquellen außerhalb seines Ursprungslandes.

Bucharin schrieb 1915:

„Nicht die Unmöglichkeit einer Betätigung innerhalb des Landes also, sondern die Jagd nach einer höheren Profitrate ist die Triebkraft des Weltkapitalismus... Eine niedrigere Profitrate treibt die Waren und Kapitals immer weiter von ihrem »Vaterlande« weg. Aber dieser Prozeß spielt sich gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Weltwirtschaft ab. Die Kapitalisten der verschiedenen »nationalen

Wirtschaften« stoßen hier als Konkurrenten aufeinander, und je größer das Wachstum der Produktivkräfte des Weltkapitalismus ist, je intensiver die Zunahme des Außenhandels, desto schärfer wird der Konkurrenzkampf.“¹

Solange sich verschiedene nationale Kapitalisten innerhalb eines Landes gegenüberstanden, blieb es ein „friedlicher“ Prozeß. Der Staat wachte darüber, daß die Regeln des Warentausches eingehalten wurden, aber er setzte nicht seine Armee in Bewegung, um diesen oder jenen Kapitalisten zu schützen oder zu begünstigen. Zwar wurden auch in der Epoche der freien Konkurrenz innerhalb des Nationalstaates die kleineren von den größeren Fischen verschlungen, das heißt freie Konkurrenz bedeutete auch hier Verdrängung, Vernichtung von Konkurrenten und Konzentration des Kapitals zu immer weniger und größeren Einheiten.

Aber erst, wenn der gleiche Prozeß international wird, kommt es auch zum Umschlagen in der Form der Konkurrenz: Die nationalen Konzerne versuchen, sich möglichst große Binnenmärkte zu unterwerfen, die nicht immer mit dem Staatsgebiet identisch sind und die sie durch Schutzzölle nach außen abschirmen. Dies erlaubt es ihnen, hohe Preise weit über dem Warenwerten und Extraprofite zu erzielen, die den Kampf auf den internationalen Märkten zu Dumpingpreisen (unter Wert) ermöglichen. Je größer der Binnenmarkt, desto größer auch die Reserven für einen internationalen Preiskrieg. Die gleiche Rolle wie Schutzzölle spielen staatliche Subventionen, die es den nationalen Konzernen ebenfalls ermöglichen sollen, mit Niedrigpreisen die internationale Konkurrenz zu verdrängen. Es findet also ein Formwechsel der Konkurrenz statt: Der internationale Preiskrieg der nationalen Monopole ist kein rein wirtschaftlicher Kampf mehr, die Nationalstaaten und die Politik werden in diesen Kampf hineingezogen. Es findet eine Verschmelzung von wirtschaftlichen (Preiswettbewerb) und politischen Maßnahmen (Einschalten der Diplomatie, Drohungen mit Wirtschaftssanktionen und sogar mit dem Einsatz militärischer Gewalt) des Konkurrenzkampfes statt.

In der äußersten Zuspitzung geht dies bis hin zur zeitweiligen völligen Ersetzung der wirtschaftlichen durch politische Machtmittel, das heißt zum Einsatz militärischer Gewalt im Interesse der nationalen Ökonomie.

Dabei kritisiert Bucharin solche Theorien als „vulgär“, die den Militarismus und die Aufrüstung als Ursache von Kriegen darstellen:

„Eine kapitalistische Gesellschaft ist ohne Rüstungen ebenso undenkbar wie ohne Kriege. Und ebenso wie nicht die niedrigen Preise die Konkurrenz hervorrufen, sondern umgekehrt die Konkurrenz niedrige Preise erzeugt, so ist auch das Bestehen der Armeen nicht die Hauptursache und die Triebkraft der Kriege, ... sondern umgekehrt: das Bestehen der Armeen ist dadurch bedingt, daß wirtschaftliche Konflikte unausbleiblich sind.“²

Als Beispiel für eine solche vulgäre Anschauung, daß Aufrüstung zum Krieg führe, nennt Bucharin den führenden Theoretiker der damaligen SPD, Karl Kautsky. Kautsky hatte den Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf die Mobilmachung zurückgeführt. Dies stelle aber, so Bucharin, „*die Dinge auf den Kopf*.“

Bucharin betonte dagegen, daß der Ausbruch des Weltkriegs 1914 ohne die ungeheure Verschärfung der ökonomischen Konkurrenz in den Jahren unmittelbar zuvor nicht zu erklären sei:

„Aus diesem Grund erleben wir heute (1915, V. M.), in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Konflikte einen Zustand der höchsten Spannungen erreicht haben, auch einen Hexensabbat der Rüstungen.“³

Imperialismus ist also in erster Linie ein neues ökonomisches Stadium des reifen Kapitalismus, ist Ausdruck der rücksichtslosesten internationalen Konkurrenz nationaler Monopole oder monopolähnlicher Strukturen.

Kolonialpolitik

Zeitlich parallel zur Bildung der ersten nationalen Monopole und Kartelle errichteten die europäischen Mächte, sowie die USA und Japan zielstrebig Weltreiche, weil die Industrie- und Bankkapitalisten glaubten, daß sie so riesige Profite machen könnten. Die Nationalstaaten wurden von den Monopolen und Kartellen in den Prozeß der internationalen Ausdehnung hineingezogen. Die Aufgabe des Nationalstaats bestand vor allem darin, die eigenen Investitionen im Ausland zu schützen, zunächst vor Revolten der einheimischen Bevölkerung, später auch vor Übergriffen rivalisierender imperialistischer Mächte. Der Einsatz militärischer Macht diente dem Ziel der internationalen Ausdehnung des nationalen Kapitals und der internationalen Jagd nach höheren Profitraten. Keiner der entwickelten kapitalistischen Staaten konnte sich diesem Zwang entziehen.

Seit den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gingen die „Gebiets-erwerbungen“ in fieberhaftem Tempo vor sich. Die britischen Regierungen erweiterten ihr schon bestehendes Empire. Es umfaßte schließlich etwa ein Drittel der ganzen Welt, darunter halb Afrika, den ganzen indischen Subkontinent und große Teile des Nahen und Mittleren Ostens. Französische Regierungen eigneten sich Indochina an, fast den ganzen Rest Afrikas und bekamen die Oberhand im Libanon (obwohl dieser formell noch unter türkischer Hoheit stand). Die USA nahmen den Spaniern die Philippinen weg, machten die auf dem Papier unabhängigen Staaten Mittelamerikas und Kuba zu ihrem Einflußgebiet. Holland gehörte das heutige Indonesien, Belgien der Kongo (heute Zaire), und Italien unterwarf sich Somalia und Tripolis (heute Libyen). Japan unterwarf 1910 Korea.

Deutschland, das später als England und Frankreich den Weg in die kapitalistische Moderne gefunden hatte, erklärte 1884/85 Teile Ostafrikas und Südwestafrikas zu deutschen „Schutzgebieten“.

Alle Großmächte versuchten, Interessensgebiete in China abzustecken und teilten es untereinander auf, so daß es nur noch formell als unabhängiger Staat weiterexistierte. In Afrika gab es 1914 nur noch einen unabhängigen Staat, Äthiopien, und in Asien wurden außer dem aufgeteilten China nur Afghanistan und Thailand nicht unmittelbar von Europa aus regiert.

In den Jahren von 1876 bis 1914 haben die Großmächte etwa 25 Millionen Quadratkilometer Kolonialgebiet erobert, ein Gebiet, das doppelt so groß war wie ganz Europa. Welche enorme Bedeutung der Imperialismus für den langen Aufschwung zwischen 1895 und 1914 hatte, kann man am Mutterland des Kapitalismus, Großbritannien, sehen. Kurz vor der Jahrhundertwende ging etwa die Hälfte aller britischen Unternehmensinvestitionen in überseeische Gebiete. Aber auch in den anderen Industrieländern übernahmen die wirtschaftliche Vorherrschaft Firmen und Banken, deren

Geschäfte zunehmend von Kolonialreichen oder ausländischen „Einflußsphären“ abhängig waren. In Deutschland waren es Unternehmen wie Siemens (Elektrotechnik), Krupp (Stahl) und die Deutsche Bank, die die Regierungen drängten, die deutsche Vorherrschaft über den Balkan und die Türkei (damals osmanisches Reich) zu errichten und Nordafrika zum deutschen Interessensgebiet zu machen.

Wenn ein Drittel oder gar die Hälfte aller Investitionen im Ausland getätigt wurde, so schmälerte dies die für Investitionen im Inland zur Verfügung stehenden Fonds ebenfalls um ein Drittel oder die Hälfte. Deshalb stiegen für eine Zeitlang die Investitionen in den Mutterländern nicht schneller als die Beschäftigung. Das Verhältnis von Investitionen zur Produktion ging in Großbritannien von 2,16 in den Jahren 1875-83 auf 1,82 in den Jahren 1891-1901 zurück. Die Profitraten stiegen, und die Epoche der langen Depression und des Pessimismus wich einer neuen Epoche des Aufschwungs und des Optimismus. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, gewerkschaftliche Erfolge im Kampf um Löhne und Arbeitszeitverkürzungen wurden möglich.

Aber die Epoche der kapitalistischen Prosperität dauerte nicht lange. Der Imperialismus war nur für zwei Jahrzehnte ein wirksames Gegengewicht zum Fall der Profitrate. Die Möglichkeiten der überseeischen Investitionen waren beschränkt, und die Profite aus dem Kapitalexport begannen verstärkt in die entwickelten Mutterländer zurückzuströmen. Zu Beginn des Jahrhunderts führte dies erneut zu einem Kapitalüberfluß. In Großbritannien stieg das Verhältnis von Investitionen zu Arbeitslöhnen wieder an: von 1,92 in den Jahren 1891/92, auf 2,19 in 1908-13 - und war damit höher als gegen Ende der „Großen Depression“, die in Großbritannien etwas eher geendet hatte als in Deutschland, nämlich in den frühen 1880er Jahren. Es gab erneute Anzeichen für einen Abwärtstrend der Profitrate und 1913/14 kam es zum Ausbruch einer Krise mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 15 Prozent.

Diese Epoche war, trotz zahlreicher internationaler Konflikte, die ab der Jahrhundertwende an Schärfe zunahmen, eine der „friedlichen“, ruhigen und allmählichen Expansion in gewaltige Gebiete, die noch nicht endgültig in den kapitalistischen Strudel hineingerissen worden waren. Sie wurde durch den Ersten Weltkrieg beendet. Er war unausweichlich geworden, als die Aufteilung der Welt unter den Großmächten mehr oder weniger abgeschlossen war, Deutschland und andere Spätstarter der industriell-kapitalistischen Entwicklung sich „ungerecht“ behandelt sahen und eine Neuaufteilung zu ihren Gunsten zu erzwingen suchten.

Die Mächte mit Kolonialreichen versuchten diese weiter zu stärken, indem sie ihre Militärmacht aufbauten. Die ohne Kolonien versuchten auf Kosten und gegen die besitzenden Mächte solche zu erobern. Dies führte schon vor 1914 zu einer Reihe von bewaffneten Zusammenstößen. Hierzu gehören der Krieg zwischen den USA und Spanien um die Philippinen, ein Krieg zwischen Japan und Rußland um die Vorherrschaft in Nordchina und Korea (1904/05), zwei Zusammenstöße zwischen Frankreich und Deutschland über den Einfluß auf Marokko (1906, 1911), ein italienisch-türkischer Krieg um Tripolis (Libyen) und schließlich der Zusammenstoß zwischen Österreich-Ungarn und Rußland über den Einfluß auf dem Balkan - ein Zusammenstoß, der zunächst einen Krieg auf der Balkanhalbinsel (1912-13) und dann schließlich den Ersten Weltkrieg auslöste.

Bürgerliche Imperialismustheorien

Führende Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie wie Eduard Bernstein und Karl Kautsky bemühten sich indes zu beweisen, daß der reife Kapitalismus auch nicht-imperialistisch sein könne, die Militarisierung der Außenpolitik also nicht notwendiges Resultat der monopolistischen Konkurrenz sei. Noch einige Jahre vor Ausbruch des Weltkriegs schrieb Bernstein, daß es „Unsinn“ sei anzunehmen, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Nationen ihre Feindschaft untereinander verschärfe. Die entwickelten Industrienationen seien untereinander Konkurrenten und Kunden zugleich. Die Welt trete in eine Epoche ein, in der „internationales Recht“ vorherrsche.

Kautsky stellte während des Krieges eine Theorie des „Ultraimperialismus“ auf, die die Überflüssigkeit des Krieges vom Standpunkt des Kapitals beweisen sollte. Er verstand darunter, daß „an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“ tritt. Er ging zwar davon aus, daß dieser Zustand der Beseitigung der Weltkonkurrenz noch nicht erreicht sei, aber die Bewegung hin zu einem solchen Zustand reichte ihm aus, um die prinzipielle Möglichkeit der Friedfertigkeit des Kapitalismus zu demonstrieren.

Die meisten etablierten Historiker erklären auch heute den Ersten Weltkrieg nicht aus ökonomischen, sondern aus politischen Faktoren. Der deutsche Militarismus unter Kaiser Wilhelm II. wird beispielsweise gerne als Resultat eines „deutschen Sonderwegs“ in die Moderne erklärt. In Deutschland habe im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten die bürgerlich-demokratische Revolution sich nicht vollendet, der feudalistische preußische Militärstaat habe daher im Kaiserreich bis 1918, ja sogar darüber hinaus fortgelebt. Die Theorien vom „deutschen Sonderweg“ sind nur eine Variante der oben angeführten „Landgier“-These des amerikanischen Ökonomen Galbraith, der die militaristischen Tendenzen des 20. Jahrhunderts ebenfalls nicht aus der kapitalistischen Ökonomie ableitet, sondern aus verbliebenen Resten der feudalen Klassengesellschaft oder deren fortlebender Tradition.

Aber in allen Industriestaaten waren die Industrie- und Finanzkapitalisten die treibenden Kräfte in der Kolonialbewegung. Galbraiths These ist ebenso unhaltbar wie die Theorie vom „deutschen Sonderweg“. Gemeinsam ist solchen Theorien, daß sie den Kapitalismus von der Verantwortung für Militarismus und Krieg freisprechen und so die Illusion in die Möglichkeit eines friedfertigen Kapitalismus geben. Wir dürfen dagegen nicht vergessen, daß Krieg und Frieden sich zwar einander ablösen, aber doch nur *verschiedene* Momente *einer* Entwicklung sind, nämlich des Strebens gigantischer Unternehmen auf der Suche nach Gegenmaßnahmen zum Fall der Profitrate, der letztlich aber unausweichlich ist.

Solche Theorien erklären nicht, warum die Kolonialbewegung ausgerechnet zwischen 1880 und 1900 einen so mächtigen Auftrieb erhielt. In Deutschland fällt die Wende zur Weltpolitik in den achtziger und neunziger Jahren zusammen mit dem Ausbau der Kriegsflotte zur zweitstärksten Armada nach der britischen. Flottenbegeisterung, Aufrüstung und Militarisierung sind in Deutschland nicht auf dem Boden einer alten, preußischen Militärtradition gewachsen, sondern sind nur der politische Ausdruck der internationalen Expansion der nationalen Monopole. Auch in Deutschland, wo der Kaiser und der Adel noch größere politische Privilegien hatten

als die Aristokratien in den Staaten Westeuropas und den USA, gehörten gerade die bürgerlichen Parteien wie die Nationalliberale Partei und deren Vordenker (Max Weber, Gustav Stresemann, Friedrich Naumann) zu den glühendsten Vertretern imperialistischer Machtpolitik. Sie formulierten das Programm, der Kaiser popularisierte es bloß. So schrieb 1896 der Soziologieprofessor Max Weber, es läge im nationalen Interesse Deutschlands, „den eigenen Unternehmen und dem eigenen Kapital den Weg zu ertragreichem Verdienst in anderen, insbesondere unterentwickelten Ländern mit politischen und militärischen Mitteln zu öffnen“⁴.

Der Liberale Friedrich Naumann bekannte 1905: „Der Militarismus ist die Grundlage aller staatlichen Ordnung und bürgerlichen Wohlfahrt.“⁵, und der Reichskanzler Bernhard von Bülow erklärte 1896 in einer programmatischen Rede die Notwendigkeit deutscher Weltpolitik mit folgenden Sätzen: „Wir betrachten es als eine unserer vornehmsten Aufgaben, gerade in Ostasien die Interessen unserer Schifffahrt, unseres Handels und unser Industrie zu fördern und zu pflegen ... Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“⁶

Der Imperialismus hatte zwar die Tendenz zu immer schärferen Wirtschaftskrisen aufgehalten, aber nur für einen begrenzten Zeitraum und um den Preis eines Weltkrieges mit all seiner Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums und Vernichtung menschlichen Lebens. Und in der Folge des Krieges traten die Wirtschaftskrisen mit noch zerstörerischerer Wirkung auf als je zuvor in der Geschichte des Kapitalismus.

¹ Nikolai Bucharin: *Imperialismus und Weltwirtschaft* (1929), Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1969 (Archiv sozialistischer Literatur, Nr. 13), S. 90

² N. Bucharin, a. a. O., S. 142

³ N. Bucharin, a. a. O., S. 142

⁴ Wolfgang Michal: *Deutschland und der nächste Krieg*, Rowohlt, Berlin 1995, S. 119

⁵ W. Michal, a. a. O., S. 119

⁶ W. Michal, a. a. O., S. 104

Teil II:

Die Etappe des Rüstungskapitalismus

4 ● Staatskapitalismus und Militarismus

In Großbritannien hatte bereits 1921 eine schwere Depression begonnen, von der sich die britische Wirtschaft während der gesamten zwanziger Jahre nicht richtig erholte. 1929 setzte eine weltweite Krise ein, aus der es, mit Ausnahme Deutschlands und der Sowjetunion, erst mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs einen Ausweg gab. Zwischen 1929 und 1933 sank das Volkseinkommen der USA um 57,7 %; in Deutschland nahm es zwischen 1929 und 1932 um etwa 40 % ab, in England fiel es „nur“ um 15 %. In Deutschland und den USA stieg die Arbeitslosigkeit auf etwa ein Drittel aller Erwerbsfähigen. Dazu müssen noch einmal Millionen von Kurzarbeitern in allen Ländern gezählt werden.

Die Krise unterschied sich nicht nur hinsichtlich ihrer Schärfe von allen früheren Krisen des Kapitalismus, sondern auch hinsichtlich ihrer Ausdehnung. Sie umfaßte mit der einzigen Ausnahme der vom Weltmarkt wirtschaftlich isolierten UdSSR sämtliche Länder der Welt. Die industrielle Weltproduktion sackte innerhalb von drei Jahren auf etwa 60 Prozent des Standes von 1928 ab.

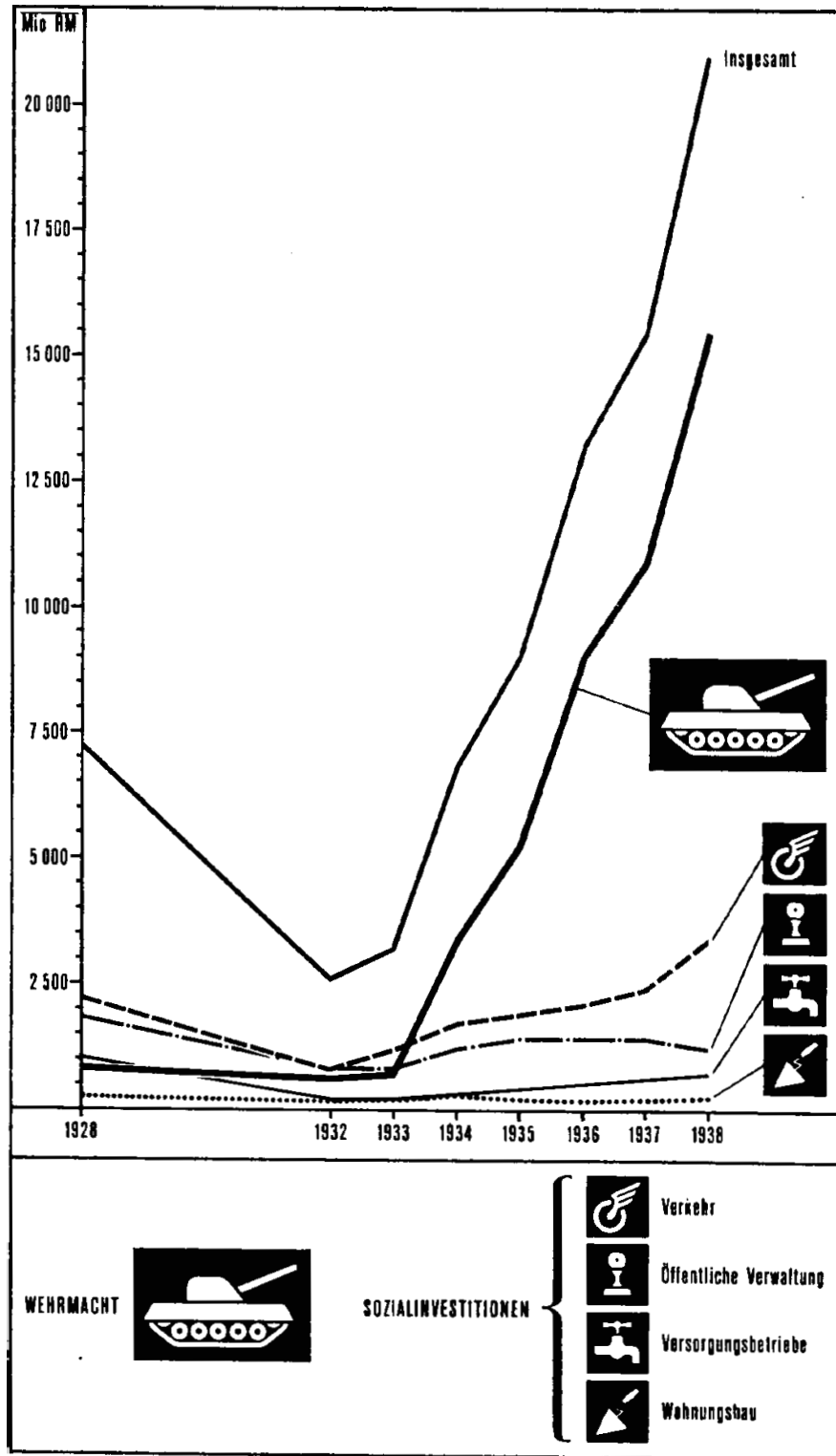
Darüber hinaus gab es kaum Anzeichen einer Erholung. Die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ hatten versagt. Erst die Intervention von Regierungen in Deutschland und den USA brachte eine begrenzte wirtschaftliche Erholung. In beiden Ländern hatten die Regierungen staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme gestartet.

Das unter dem Namen „New Deal“ bekannt gewordene Programm des US-Präsidenten Roosevelt sah Hilfsprogramme für die Landwirtschaft und für nichtmilitärische öffentliche Arbeiten vor, die zwar zu einer gewissen Belebung der Konsumgüterindustrie und des Bausektors führten, aber die entscheidenden Sektoren der Investitionsgüterindustrien unberührt ließen. Zwar ging die Arbeitslosigkeit bis 1937 auf 11,2 % zurück, aber schon 1937 kam es zu einem erneuten Einbruch der Konjunktur. Noch 1940 betrug die Arbeitslosigkeit 14,1 %.

Rüstung als Konjunkturmotor

Auch in Deutschland hatten die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im nicht-militärischen Bereich (Autobahnbau, Landschaftsarbeiten) zunächst nur zu einem sehr

Rüstungsausgaben und Infrastrukturinvestitionen
Deutschlands 1928-1938



begrenzten Aufschwung geführt. Noch 1934 betrug die Industrieproduktion nur vier Fünftel des Standes von 1929, obwohl dieses Jahr schon den Übergang zur Aufrüstung markierte. Eine tiefere Belebung der Konjunktur trat erst mit dem Übergang zur reinen Rüstungswirtschaft 1935/36 ein.

Eine echte Überwindung der Krise erfolgte also erst, nachdem Regierungen mit massiven Kriegsvorbereitungen begonnen hatten. In Deutschland geschah dies 1935, in den USA nicht vor 1941, dem Jahr ihres Kriegseintritts. Der amerikanische Ökonom und Zeitzeuge J. K. Galbraith schrieb: „*Krieg, nicht etwa ökonomische Weisheit, beendete die Depression.*“¹

Die Kriegsvorbereitung hatte eine ähnlich heilsame Wirkung für den Kapitalismus wie der Imperialismus, dessen logische Ergänzung sie war. Hitler hatte die Zentren der deutschen Kapitalisten schon vor 1933 für seine Machtergreifung gewonnen, weil nur der Faschismus an der Macht die Kriegsbegeisterung im Volk schüren konnte. Und nur durch einen neuen Krieg konnte die deutsche Bourgeoisie 1932 hoffen, Rohstoffquellen (zum Beispiel Ölquellen im Nahen Osten), Absatzgebiete und sogar moderne Industriebetriebe (zum Beispiel in der Tschechoslowakei) zu erobern.

Die Kriegsvorbereitungen eröffneten auch einen staatlich garantierten Absatzmarkt für Güter, die nicht von den Konjunkturschwankungen der übrigen Wirtschaft betroffen waren. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern schwankt mit den Höhen und Tiefen der Konjunktur, ebenso die Nachfrage nach Anlagen und Maschinen, um diese herzustellen, und nach Schiffen oder Lastern, um sie zu transportieren. Aber die Nachfrage nach Panzern, Schlachtschiffen und Kampfflugzeugen steigt, solange die Regierung für den Krieg aufrüstete.

Der Staat vergab so nicht nur Aufträge an private Firmen, er plante darüber hinaus die gesamte Wirtschaft, verstaatlichte sogar einzelne Bereiche, um sicherzustellen, daß genügend Waffen rechtzeitig für den geplanten Krieg hergestellt würden.

Ähnlich war die Lage in den USA nach deren Kriegseintritt. Auch hier kontrollierte der Staat über die Rüstung etwa die Hälfte der Gesamtproduktion, aber er legte auch fest, welche Konsumgüter hergestellt wurden. Der Staat war für 90 % aller Investitionen verantwortlich und gab riesige Summen für den Bau von Rüstungsbetrieben aus, die er dann an private Firmen übergab. In Deutschland und den USA entschied der Staat und nicht der „freie Markt“, was produziert werden sollte.

Kapitalvernichtung

Aber der Krieg selbst spielt auch eine wichtige wirtschaftliche Rolle für die anschließende Erholung des Kapitalismus. Er hat die gleiche „bereinigende“ Wirkung wie die Krisen im marktwirtschaftlichen Kapitalismus früher: er zerstörte Kapital. Dies verminderte die verfügbaren Quellen für Investitionen in produktive Industrie - und damit auch die Tendenz des rascheren Wachstums von Investitionen im Verhältnis zu Arbeitslöhnen. Das wiederum stoppt den Fall der Profitraten.

Der britische Marxist Chris Harman vergleicht die Wirkung der Rüstungsproduktion mit dem Bild aus der Aesopschen Fabel vom Hasen und der Schildkröte. Der Hase stürmt rasch voran und muß immer wieder wegen Atemnot stoppen, während die Schildkröte zwar langsamer, dafür aber stetig vorankommt:

„Zuerst schreitet die Akkumulation in einer Kriegswirtschaft langsamer voran

als in einer Friedenswirtschaft, weil so viele Reichtümer, die produktiv eingesetzt werden könnten, für Waffen verschwendet werden. Aber aus dem gleichen Grund ist sie nicht gezwungen, stehen zu bleiben, um in einer Krise «Atem zu schöpfen» und kann daher die Friedenswirtschaft überholen.“²

So kam es trotz oder, besser gesagt, wegen der riesigen Verschwendung von Reichtümern dazu, daß die Produktion von Konsumgütern in den USA 1943 schon höher war als zu Friedenszeiten Ende der dreißiger Jahre. Und die Profite der amerikanischen Kapitalgesellschaften waren mehr als doppelt so hoch wie 1938, obwohl sie einen Teil der Kriegskosten durch höhere Steuern bezahlen mußten.

Die meisten Wirtschaftsfachleute erwarteten nach dem Krieg eine Rückkehr zur Krisenhaftigkeit des Systems vor dem Zweiten Weltkrieg. Aber es kam anders, weil die Rüstungsausgaben viel höher blieben als je zuvor in „Friedenszeiten“. In den USA hatte die Rüstung in den dreißiger Jahren weniger als 1 % des Bruttosozialprodukts (BSP) ausgemacht. Anfang der fünfziger Jahre betrug sie dagegen 15 %, und selbst in den sechziger Jahren, als sie „nur“ noch 8 bis 9 Prozent betrug, waren die Rüstungsausgaben immer noch genauso hoch wie die Gesamtinvestitionen in der zivilen Industrie.

Der Kapitalismus erlebte sein „goldenes Zeitalter“ zwischen 1945 und Mitte der siebziger Jahre. In dieser Zeit verdreifachte sich die amerikanische Wirtschaft, die westdeutsche verfünffachte sich und die französische vervierfachte sich. Gleichzeitig stieg auch der Lebensstandard der breiten Massen und die Illusion, daß es einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz geben könne.

„Aber“, schreibt Chris Harman, „nichts von der Expansion des Systems wäre eingetreten ohne die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, die ungeheure Verschwendung der Rüstungswirtschaft der Nachkriegszeit und die ungeheuren Gefahren, die der gesamten Menschheit vom atomaren Wettrüsten drohten. Die »Wunder« des »goldenen Zeitalters« beruhten auf der Barbarei der Atombombe.“³

¹ J. K. Galbraith: *Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1995, S. 91

² Chris Harman: *Economics of the Madhouse*, Bookmarks, London 1995, S. 73

³ C. Harman, a. a. O., S. 74

5 ● Krise und Globalisierung

Die Krise der dreißiger Jahre hatte zum weitgehenden Zusammenbruch der Weltmärkte geführt. Überall führten Regierungen Importkontrollen ein, um die nationalen Märkte zu schützen. Ein gewisser Hang zum Protektionismus, zur Abschottung der Binnenmärkte, hatte in vielen Ländern schon vor der Weltwirtschaftskrise bestanden, aber in den dreißiger Jahren nahm diese Tendenz extrem zu. Die Preisgestaltung im internationalen Handel wurde durch Exportsubventionen und Importzölle verfälscht, ein Abwertungswettbewerb führte zum Zusammenbruch der internationalen Geldmärkte. Der Welthandel, der sich von 1891 bis 1925 vervierfacht hatte, fiel 1932 schlagartig auf den Stand von 1905 zurück.

Die andere Seite dieser Münze war das Streben nach Autarkie in der Produktion. Die einzelnen kapitalistischen Staaten versuchten, möglichst viele Güter in den Grenzen ihres jeweiligen Machtbereichs herzustellen.

Das war um so leichter, je größer die Gebiete waren, die diese Grenzen umgaben. Für Großbritannien, das noch über ein riesiges Kolonialreich herrschte, war dies einfacher als für Deutschland, das 1918 nicht nur seine Kolonien, sondern auch wichtige Einflußgebiete im Nahen Osten und Ost- und Südosteuropa verloren hatte.

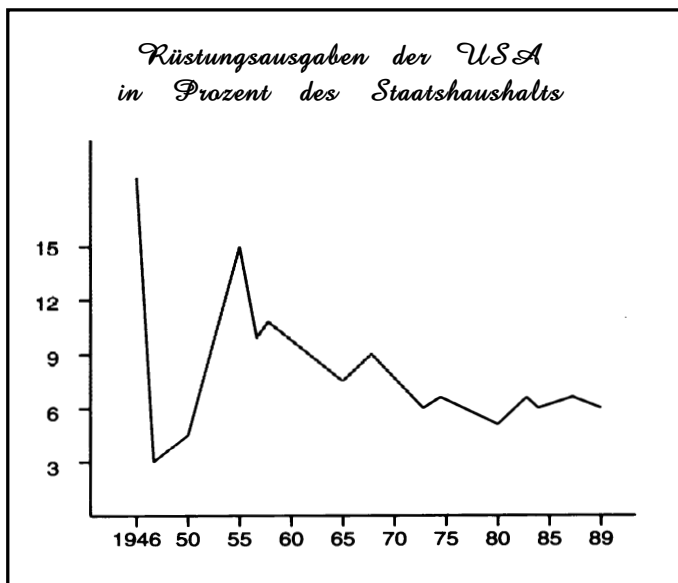
So entstand 1932 eine „Autarkie der Blöcke“. Neben einem Dollarblock unter Vorherrschaft der USA gab es einen britischen Block des Pfund Sterling und einen Goldblock unter Führung Frankreichs.

Deutschland und Japan konnten unter solchen Bedingungen wirtschaftlich nur noch expandieren, indem sie militärisch expandierten, das heißt durch Krieg ihre wirtschaftlichen Einflußgebiete zu vergrößern suchten.

Widersprüche des Rüstungskapitalismus

Die weitgehende Ausschaltung des Weltmarktes ermöglichte es den Regierungen überhaupt erst, im großen Stil in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Denn die vom Markt unabhängige Nachfrage nach Rüstungsgütern, finanziert auf dem Weg der Staatsverschuldung, barg von Anfang an den Bazillus der Inflation. Diesen Bazillus hatten die Kapitalisten nur in dem Fall nicht so sehr zu fürchten, daß der internationalen Konkurrenz der Zugang zu den eigenen Märkten versperrt war. Erst dann konnten die Regierungen auch das Diktat der internationalen Durchschnittsprofitrate umgehen. Dem nationalen Kapital blieb gar keine andere Wahl, als die Staatsaufträge anzunehmen. Das System eines staatlich dirigierten nationalen Kapitalismus mit einer ausgeprägten Tendenz zu staatskapitalistischen Strukturen wurde die unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren des neuen Systems.

Das zeigte sich spätestens zu Beginn der siebziger Jahre, als die zunehmende Internationalisierung des Welthandels zu einer neuen Globalisierung der Weltwirtschaft führte. Das System des militaristischen Staatkapitalismus geriet in eine neue Krise, und alle Versuche, die alten Steuerungsmittel der Lenkung und Planung einzusetzen, scheiterten nun an Widersprüchen, die von Beginn an dem neuen System des Rüstungskapitalismus angehaftet hatten.



Erstens führte die militärische Konkurrenz der großen Mächte, das heißt vor allem der USA und Rußlands, dazu, daß immer größere Massen an Kapital pro Arbeiter auch in der Waffenindustrie eingesetzt wurden. Die Produktion von Kampfflugzeugen wurde durch die Produktion von Raketen ersetzt, an Stelle von Schlachtschiffen wurden Atom-U-Boote gebaut. Ein Rüstungsbetrieb wie das Flugzeugunternehmen Boeing in Seattle, der Anfang der fünfziger Jahre noch 120.000

Arbeiter beschäftigte, hatte bald nur noch halb so viel Beschäftigte.

Das bedeutet, daß Rüstungsausgaben, die noch Anfang der fünfziger Jahre für Vollbeschäftigung gesorgt hatten, diese zu Beginn der Siebziger nicht mehr garantieren konnten.

Zweitens waren die Rüstungsausgaben ungleich verteilt. Hohe Rüstungsausgaben der großen Siegermächte, allen voran der USA, öffneten den kleineren Ländern oder denen, die wie Deutschland und Japan als besiegte Mächte zunächst nicht und später beschränkt aufrüsten durften, Exportmärkte. Die USA, die über 8 % ihres Brutto-sozialproduktes (BSP) für Rüstung ausgaben (siehe Schaubild), kauften Fernseher, Autos und Stahl von Japan, das nur 0,5 % seines BSP in die Rüstung steckte und deshalb seine zivilen Industrien rascher modernisieren konnte.

Die Industrie von Ländern mit niedrigeren Rüstungslasten konnten schneller wachsen als ihre Konkurrenz in Staaten mit hohen Rüstungsausgaben. So fiel der Anteil der USA am gesamten Sozialprodukt der sechs größten westlichen Industrienationen von 69 % (1953) auf 48 % (1977), während der Anteil Japans im gleichen Zeitraum von 3,6 auf 17,7 Prozent und der Westdeutschlands von 6,5 auf 13,2 Prozent stieg.

In dem Maß, wie Japan, Deutschland und andere Staaten mit niedrigeren Rüstungslasten ihren Anteil am Welthandel steigern und neue Weltmärkte erobern konnten, stieg der Druck auf die Rüstungverschwender, einen größeren Teil ihrer Wertschöpfung in die Entwicklung der zivilen Industrien zu lenken: Der Anteil der Rüstung am BSP der USA ging von 12 % in den frühen fünfziger Jahren auf 7 % in den Siebzigern zurück.

Der Anteil der Rüstung an den Investitionsreserven der Welt ging zurück, aber genau dies führte dazu, daß die alten Krisenursachen wieder ihre Wirkung taten und wirtschaftliche Instabilität und Krisen erneut ausbrachen, von denen die Experten behauptet hatten, sie seien nach 1945 endgültig und für immer überwunden. So kam es Mitte der Siebziger zur ersten tiefen Rezession seit den dreißiger Jahren, die alle westlichen Länder erfaßte. Die von Karl Marx vor über hundert Jahren entdeckten Tenden-

zen brachen mit Macht wieder hervor: Die Investitionen wuchsen nun weltweit viel rascher als die Zahl der Beschäftigten, und die Profitraten fielen.

Schließlich schränkte ein dritter Trend, der sich in den Jahrzehnten des Aufschwungs langsam Bahn gebrochen hatte, die Fähigkeit der Regierungen ein, die Krisen zu bewältigen.

Das massive Wachstum des Systems war von einem noch massiveren Wachstum des Welthandels begleitet gewesen: Die Weltproduktion wuchs von 1945 bis 1995 um gut das Fünffache, der Handel aber um das Vierzehnfache. Besonders in den neunziger Jahren klafften die Zuwachsraten von Produktion und Handel weiter denn je auseinander. Die Summen, die zwischen den Banken der verschiedenen Länder an einem normalen Tag hin- und hergeschoben wurden, überstiegen bei weitem die Devisenreserven der einzelnen Regierungen, also ihren Besitz an ausländischen Währungen und Gold. Anfang der fünfziger Jahre konnten die meisten Regierungen noch einen festen Wechselkurs für ihre Währung durchsetzen; Ende der achtziger Jahre waren viele dazu nicht mehr in der Lage.

Das Wachstum der Handelsströme war begleitet von einer Internationalisierung der Finanzen und der Produktion. Nur diejenigen Firmen, die weltweit operierten, waren in der Lage, in ungeheuer kostspielige neue Technologien zu investieren und so konkurrenzfähig zu bleiben. Eine Handvoll Riesenkonzerne beherrscht heute jeweils die Flugzeugindustrie, die Computer- und Softwareindustrie, den Schiffbau, die Telekommunikation und die Automobilindustrie. 500 Konzerne kontrollieren zwei Drittel der weltweiten Industrieproduktion.

Krise der staatskapitalistischen Steuerung

Kapitalistische Regierungen, die ihre eigenen Industrien von diesen Giganten abschotteten, riskierten, daß ihnen der Zugang zu den modernsten Technologien versperrt blieb. Aber diejenigen, die sich für Zusammenarbeit entschieden, händigten die Kontrolle über Schlüsselpositionen der Wirtschaft an multinationale Kapitalisten aus. Deren einziges Interesse ist jedoch internationaler Profit, nicht nationale kapitalistische Stabilität.

Just in dem Augenblick, als die Krisen wieder ausbrachen, erwiesen sich die Regierungen als ohnmächtig, mit ihnen fertig zu werden. Sozialdemokratische Regierungen, die mit den alten staatskapitalistischen Methoden des Keynesianismus versuchten, die Krisen zu überwinden, wurden durch Kapitalflucht und andere Druckmittel rasch eines besseren belehrt, wie etwa die britische Labour-Regierung 1976/77, die sozialistisch-kommunistische Mitterrand-Regierung in Frankreich 1981/82 und die SPD-FDP-Regierung unter Helmut Schmidt 1982 in Deutschland.

Die politischen Führer zahlreicher Länder der „Dritten Welt“ und der industriellen Schwellenländer machten im Laufe der achtziger Jahre ähnliche Erfahrungen. Als es in der Wirtschaft ihres jeweiligen Landes Krisenanzeichen gab, wandten sie sich der Marktwirtschaft zu und ließen sich vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im Zuge von Umschuldungsverhandlungen „Stukturanpassungsprogramme“ maßschneidern - dies in der vergeblichen Hoffnung, daß der freie Markt dort erfolgreicher sein würde, wo der Staatskapitalismus gescheitert war.

In den Ländern des Ostblocks war es ähnlich. Ihre Wachstumsraten waren ständig zurückgegangen, ihre Versuche, mit den größeren westlichen Wirtschaften von einem engen nationalen Boden aus zu konkurrieren, waren mehr oder weniger gescheitert. Die erst nach der Wiedervereinigung veröffentlichten, ursprünglich aber geheimgehaltenen Zahlen des langjährigen Wirtschaftsministers der DDR, Günter Mittag, weisen nach, daß die DDR-Wirtschaft schon seit Beginn der achtziger Jahre stagnierte und damit der Rückstand gegenüber den westlichen Wirtschaften von Jahr zu Jahr größer wurde.

Zerfall des Ostblocks

Sogar die größte Wirtschaftsmacht des Ostblocks, die der UdSSR, war nur halb so groß wie die der USA, mit deren Rüstung sie doch schritthalten mußte. Der rasche Niedergang und schließliche Zerfall der UdSSR sowie mit ihr des gesamten Ostblocks, das „Geheimnis“ ihrer relativen Rückständigkeit, war ein Resultat der Art und Weise, wie die Welt 1945 zwischen Ost und West in militärischer Konkurrenz gegeneinander neu aufgeteilt worden war. Wegen ihrer geschichtlich bedingten schwächeren wirtschaftlichen Ausgangsposition war die UdSSR gezwungen, ihre staatskapitalistische Rüstungswirtschaft auf einer schmalen Basis und für eine längere Zeit aufrecht zu erhalten. Der wirtschaftlich rückständige Charakter der UdSSR machte sie stärker von der rein militärischen Macht abhängig als die USA.

Anders als die USA konnte es sich die Weltmacht UdSSR nicht leisten, die Belastung ihrer Wirtschaft mit Rüstungsausgaben zu reduzieren. Die Rüstungsbelastung der UdSSR stieg sogar von 14,4 % des BSP (1970) auf 15,3 % (1980-84). Das wesentlich ungünstigere Verhältnis von Rüstungsausgaben und gesamtwirtschaftlicher Profitrate bedeutete, daß ein immer größerer Teil des investierbaren Mehrwerts unproduktiv verschwendet wurde und die gesamtwirtschaftliche Profitrate schließlich nach unten drückte. Als die USA Anfang der achtziger Jahre unter Präsident Reagan eine neue Runde von Rüstungsausgaben startete und es zu einem neuen „Kalten Krieg“ kam, ging der herrschenden Klasse der UdSSR der Atem aus, sie konnte und wollte im neuen Rüstungswettlauf, Reagans Krieg der Sterne, nicht mehr mithalten. Schon unter der bisherigen Rüstungslast war der Konsumgütersektor geschrumpft und der Lebensstandard der Massen bedroht. Daher kam es auch zu Massenstreiks in Polen (1980, 1988) und in Rußland (1988-89).

Der einzige Ausweg schien in der Aufgabe der zentral gesteuerten staatskapitalistischen Rüstungswirtschaft und in der gleichzeitigen Öffnung gegenüber dem freien Spiel der unkontrollierbaren Kräfte des Weltmarkts mit all seinen unvorhersehbaren Auf- und Abschwüngen zu bestehen.

So kam es, daß plötzlich die Herrscher des Ostblocks, Chinas und Vietnams „entdeckten“, daß der „Sozialismus“ nicht funktioniere und 1989/90 den Wunderheilern der Marktwirtschaft verfielen. Und dies zu einem Zeitpunkt, als letztere gerade in eine neue, zerstörerische Krise tauchte und aller Welt demonstrierte, wie wenig sich der Kapitalismus im Prinzip geändert hatte, seitdem Marx ihn theoretisch durchleuchtet und gründlich kritisiert hatte.

6 ● 1949-89: Der westdeutsche Huckepack-Imperialismus

Die Niederlage von 1945 war ein schwerer Rückschlag aber nicht das Ende für den deutschen Imperialismus. In den ersten Nachkriegsjahren ging es für ihn zunächst ums nackte ökonomische Überleben. Bis zur Unkenntlichkeit entstellt, überlebte er in seiner kleinsten Größe.

1946 sagte der spätere CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer: „*Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird*“. Und der spätere langjährige CSU-Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß gelobte 1949: „*Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.*“

Schon ein Jahr später bot Adenauer den Alliierten einen deutschen militärischen Beitrag an. Später sagte er über dieses Angebot: „*Es wurde mir klar, daß in einer Zeit wie der unsrigen Politik so viel Kraft hat, wie die (militärische, V. M.) Kraft bedeutet, die hinter ihr steht ... Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet.*“

Mit dem aufbrechenden Kalten Krieg zwischen den Siegermächten von 1945 bot sich für den niedergeschlagenen deutschen Imperialismus die Chance einer schrittweisen Rückkehr in den Kreis der großen Mächte. Bis in die sechziger Jahre hinein verfügte die Bundesrepublik über keine nennenswerte eigene Rüstungsproduktion. Zwar bestand seit 1956 wieder eine eigene Armee. Aber der Großteil der schweren Rüstungsgüter wurde aus dem Ausland beschafft. In den Jahren zuvor hatte sich Westdeutschland an den Militärausgaben durch die Bestreitung von Besatzungs- und Stationierungskosten beteiligt. Die Zahlungen betragen 1951 6,4 Prozent des BSP und gingen bis 1955 auf 3,5 Prozent zurück.

Unternehmer gegen Wiederaufrüstung?

Gerhard Brandt hat in einer Studie über „Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik“¹ die Haltung der deutschen Unternehmerverbände zur Wiederaufrüstung untersucht und gezeigt, daß diese der Aufrüstung nach den Plänen der Adenauer-Regierung skeptisch gegenüberstanden. Sie setzten schließlich eine Verlangsamung der Aufrüstung durch. Zu Recht betonte Brandt, daß die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik in eine Phase anhaltender Vollbeschäftigung fiel: „*Produktion und Beschäftigung aufrechtzuerhalten, bedurfte es in der Bundesrepublik bislang nicht des Nachfragepotentials der militärischen Rüstung.*“ Falsch waren jedoch seine Schlußfolgerungen. Brandt sah damit die marxistische Theorie vom imperialistischen Charakter der modernen Rüstung widerlegt. Denn nur dort, wo der Rüstung die ökonomische Funktion einer Konjunkturpolitik zukomme, verstärke diese „*die Tendenz zur imperialistischen Expansion.*“²

Marxistische Theoretiker sahen in der Rüstung aber gerade nicht einen ursächlichen Faktor der imperialistischen Expansion. Umgekehrt: Das ökonomische Expansionsstreben der nationalen Monopole auf Weltebene ruft den Nationalstaat und seine Militärmacht auf den Plan. Die Tatsache, daß die Rüstung zuerst unter Hitler und seit dem Zweiten Weltkrieg in den USA eine enorme konjunkturpolitische Bedeutung gewann,

ändert nichts am abgeleiteten, sekundären Charakter der Rüstung. Brandt folgt hier der These Kautskys und liberaler Theoretiker, die im Militarismus eine Kriegsursache sehen wollten.

Die Sorge der deutschen Kapitalistenklasse galt auch keineswegs der Aufrüstung schlechthin. Der Historiker Joachim Radkau³ wies mit Recht darauf hin, daß die offiziellen Quellen keine Auskunft über die wahre Haltung der Wirtschaft geben: „*Wenige Jahre nach den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und angesichts einer noch weit verbreiteten Rüstungsfeindlichkeit*“ hätte die Industrie „*keinen Grund gehabt, demonstrativen Eifer bei der Wiederbewaffnung an den Tag zu legen.*“

Außerdem war die expandierende deutsche Nachkriegswirtschaft über sehr hohe Exporte an der internationalen Rüstungskonjunktur beteiligt. Ohne die Aufrüstung in den USA wäre die deutsche Konjunktur schon Anfang der fünfziger Jahre zusammengebrochen. Die wirtschaftliche Skepsis der deutschen Unternehmerverbände war jedoch nicht geheuchelt. Sie fürchteten, daß ein zu rasches Tempo der Aufrüstung zu einer Überhitzung der ohnehin schon angespannten Konjunkturlage führen könnte.

Die Skepsis des Kapitals bezüglich einer Überhitzung der Konjunktur durch eine zu rasche Aufrüstung ging zusammen mit einer großen politischen Entschlossenheit für die Wiederbewaffnung. So hatten führende Vertreter der Chemie- und Elektroindustrie noch vor der Gründung der Bundeswehr 1956 darauf gedrängt, ein eigenes deutsches Atomprogramm zu initiieren. Dabei handelte es sich zum Teil um den gleich Kreis von Managern und Technikern, die schon unter den Nazis an einem deutschen Atomwaffenprogramm beteiligt gewesen waren.

Dem Bestreben, den Anschluß an moderne Militärtechnologie nicht zu verpassen und sich so die Chance zu einer späteren Rückkehr in das Konzert der imperialistischen Mächte offenzuhalten, lag auch die Forderung nach „*qualitativer Orientierung*“ der westdeutschen Rüstung zugrunde, das heißt nach Aufträgen für modernste Waffensysteme (U-Boote oder Kampfflugzeuge).⁴ Auch hier fielen offizielle Begründung und das eigentliche Interesse auseinander. Angeblich wollte man die modernen Waffensysteme nur deshalb selber bauen, um in den Genuß der Abfallprodukte dieser Systeme in Form von Spitzentechnologie für zivile Produktionszweige zu kommen. Als wäre es nicht wesentlich rationeller und sparsamer, die in der zivilen Produktion anwendbare Spitzentechnologie ohne den Umweg über die Rüstung zu entwickeln! Japans niedriger Rüstungsetat hat das Wachstum neuer Technologien im Elektronikbereich keineswegs behindert, sondern unterstützt. Rüstungsausgaben bleiben auch dann unproduktiv, wenn sie hier und da „produktive“ Abfälle für die zivile Industrie abwerfen.

Der Atomindustrie wurde - bis heute! - sogar jede militärische Bedeutung abgesprochen, obwohl sie als Energiequelle nicht wirtschaftlich ist. Keine andere Form der Energiegewinnung fordert so hohe Kosten für Entwicklung, Produktion, Sicherheit und Entlagerung der Abfälle, vom sogenannten „Restrisiko“ gar nicht zu sprechen. Marxistische Kritiker haben darauf hingewiesen, daß die Existenz des gesamten deutschen Atomprogramms von 1954 bis zum heutigen Tage überhaupt nur aus dem Motiv der herrschenden Klasse erklärbar ist, den Anschluß an die militärisch unglaublich wichtige neue Waffentechnik nicht zu verlieren.⁵

Deutscher Gaullismus

Schon Mitte der sechziger Jahre ist ein auffälliger Wechsel in der Tonlage der west-

deutschen Kapitalisten festzustellen. Man begann, sich allmählich aus dem Schatten der Siegermächte zu lösen und politisch wie militärisch auf eigene Füße zu stellen. Es kam zum „deutschen Gaullismus“.

Unter General Charles de Gaulle war Frankreich Anfang der sechziger Jahre zu einer selbständigen Atommacht aufgestiegen, die sich aus der Bevormundung durch die NATO und die USA herauslöste und eigene Wege imperialer Weltpolitik einschlug. Die „deutschen Gaullisten“ kämpften seit Beginn der sechziger Jahre erfolgreich für die Reduzierung der Rüstungsimporte und den Aufbau einer eigenen deutschen Waffentechnik. Im Bündnis mit de Gaulle, so hatten die ‘deutschen Gaullisten’ gehofft, könnte die BRD selbst Atommacht werden. Sie scheiterten jedoch an Frankreich selbst, das seine Atommacht nicht mit Deutschland oder einem europäischen Bündnis teilen wollte.

Das Streben nach eigenen Atomwaffen kam auch im Widerstand großer Teile der Konservativen gegen die Unterzeichnung eines Atomwaffensperrvertrags zu Ausdruck. 1969 gehörte der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß zu den erbitterten Gegnern der Unterzeichnung eines solchen Vertrages durch die Bundesregierung. Er nannte den Vertrag ein „*Versailles von kosmischen Ausmaß*“. Der SPD-Bundeskanzler Willy Brandt versöhnte die Gegner eines westdeutschen Beitritts mit den Worten: „*Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atommacht werden.*“

Neunzig CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete stimmten 1974 trotz der Vertröstung auf eine spätere Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Atommacht gegen die Ratifizierung des Sperrvertrages.

In den siebziger Jahren spielte der Export von moderner deutscher Waffentechnik eine zunehmend wichtige Rolle. Er wurde zum Türöffner für den Zugriff auf internationale Märkte und Rohstoffquellen. Beliefert wurden solche Staaten, die in ihrer Region über genügend wirtschaftliches und politisches Gewicht verfügten, um zu einer beherrschenden Regionalmacht aufzusteigen, einer Art Subimperialismus also. Zu diesen Ländern zählten damals Brasilien, Argentinien, Iran, Pakistan, Südafrika, die Türkei und Indonesien.

Der damals illegale ANC Nelson Mandelas klagte 1975, daß das rassistische Apartheidregime seines Landes mit westdeutscher Hilfe eine atomare Anreicherungsanlage gebaut habe, die von der staatlichen Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe und der STEAG AG in Essen entwickelt worden war. Wieder spielte die Atomtechnik eine entscheidende Rolle. Als die SPD-FDP-Regierung Helmut Schmidts 1975 mit Brasilien einen Vertrag zur Lieferung von zwei als Wasserkraftwerken getarnten Atombombenfabriken abschloß, kam es zum offenen Konflikt mit den USA, die dadurch ihr eigenes Monopol auf Atomwaffentechnologie in Südamerika bedroht sahen.

Die „deutschen Gaullisten“ waren keineswegs nur, wie es Radkau und andere darstellen, Sprecher einer bayerischen Rüstungslobby, eines neuen deutschen „militärisch-industriellen Komplexes“, der seine eigenen Interessen über die des Gesamtkapitals stellte. Sie waren die weitsichtigeren Vertreter des westdeutschen Kapitals. Zu ihnen gehörten neben führenden Vertretern der CSU wie Freiherr von Guttenberg und Franz-Josef Strauß auch der Rheinländer Konrad Adenauer und zahlreiche Wirtschaftsbosse, wie zum Beispiel der Bild-Zeitungs-Verleger Axel Springer aus Hamburg. Sie nahmen nur vorweg, was sich seitdem schrittweise vollzog und noch immer vollzieht: die Wiederherstellung Deutschlands als eigenständiger imperialistischer Macht.

Strauß prägte 1964 das bis heute so vielbeschworene Bild von der Bundesrepublik

als „wirtschaftlichem Riesen und politischem Zwerg“. Andere sprachen vom „gefesselten Riesen“. Der einflußreichste deutsche Bankier der Nachkriegszeit, Hermann Josef Abs, bezeichnete 1969 Westdeutschland als „*die größte Ohn-Macht der Welt*“. Durch ihre hohe Exportquote sei die Bundesrepublik „*verwundbar*“. Den Weg zur Rettung erblickte er vor allem in einem gewaltig erhöhten Kapitalexport, nicht nur zur Errichtung deutscher Fabriken im Ausland, sondern auch zur Gewinnung von Rohstoffquellen. Radkau schrieb:

„Die Nähe zu den alten imperialwirtschaftlichen Motiven ist ... deutlich. Abs stellte denn auch England und die USA mit ihren umfangreichen Auslandsinvestitionen als Vorbilder hin.“

Radkau kritisierte Abs' Vorschläge eines verstärkten Kapitalexports. Dies sei bedenklich „*für ein Land wie die Bundesrepublik, das so viel weniger Macht als die USA und so viel weniger weltpolitische Erfahrung als England und Frankreich besitzt.*“

Aber Macht läßt sich erwerben, und die „weltpolitische Erfahrung“ aus zwei Weltkriegen war noch da! Bedenklich aus der Sicht der herrschenden Klasse war nach 1945 vor allem das Auseinanderklaffen von ökonomischer und politischer Macht. Solange der Ost-West-Konflikt die Welt dominierte, konnte das westdeutsche Kapital damit rechnen, daß die USA als Weltpolizist die deutschen Interessen mitvertraten. Aber selbst diese Art von Stellvertreter-Imperialismus barg aus deutscher Sicht stets die Gefahr der Abhängigkeit und der Unterordnung unter amerikanische Interessen. Die Geschichte der sechziger und siebziger Jahre ist voller Konflikte und Spannungen zwischen den USA und der BRD. Um zu verhindern, daß ihre besondere militärische Abhängigkeit von den USA sich auch in Wirtschaftskonflikten mit den USA niederschlug, suchten Bonner Regierungen das enge Bündnis mit Frankreich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Anfang der achtziger Jahre waren die USA nicht mehr in der Lage, ihre militärische Hegemonie in ökonomischen Konflikten mit Westdeutschland als Trumpf auszuspielen. Im Jahre 1963 gelang es den USA noch, durch Druck auf die Bundesrepublik ein deutsch-sowjetisches Pipelinegeschäft zu verhindern. Zu Beginn der achtziger Jahre konnten die Westeuropäer hingegen gemeinsam die Lieferung von Erdgas aus der Sowjetunion gegen den Druck der USA durchsetzen.

Kapitalexport

Ein anderes Beispiel: Während des Vietnamkrieges war die Bundesrepublik bereit, den unter Druck geratenen US-Dollar aus sicherheitspolitischen Erwägungen zu stützen und dabei hohe Verluste hinzunehmen. In den achtziger Jahren zeigte sie sich nicht mehr bereit, dem Drängen der USA auf Schonung der amerikanischen Handelsbilanz nachzugeben.

Mit dem Entstehen der transnationalen Konzerne sind die Kapitalexporte enorm angewachsen. Seit 1985 wird die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland deutlich dem Export von Waren vorgezogen. 1992 übertraf der Absatz ausländischer Töchter der Multis mit 5,2 Billionen Dollar den Welthandel mit 4,9 Billionen. Diese Trendwende zum Kapitalexport trifft auch für die deutschen Konzerne zu.

Ein bedeutsames neues und zugleich altbekanntes Feld hat sich für deutsche Unternehmen seit 1989 in Osteuropa aufgetan. Insgesamt wurden von 1989-95 23,9 Mrd. Dollar in den früheren Ostblockländern Zentral- und Südosteuropas investiert, mehr als die Hälfte davon fiel auf deutsche Unternehmen. 1998 exportierte das deutsche

Kapital bereits mehr in die Länder des ehemaligen Ostblocks als in die USA. Die Produktionskosten betragen dort ein Viertel bis ein Zehntel derer in Deutschland. Ein Unternehmen wie die Robert-Bosch-AG beschäftigte 1994 bereits 62.000 Arbeiter im Ausland gegenüber 91.600 im Inland.

Zum Schutz ihrer Absatzmärkte bilden die transnationalen Konzerne untereinander Kartelle. Ein solches Kartell ist die Europäische Union, die ein Bündnis der europäischen Konzerne und Staaten gegen Dritte, wie die USA und Japan, darstellt. So ist der Agrarmarkt der EU für die Landwirtschaften Südamerikas und der USA weitgehend verschlossen. Gegen diese Bildung geschlossener Binnenmärkte durch die ganz großen Multis gibt es zwar Kläger aber keine Richter. Das „Völkerrecht“ kennt nur das Recht der Stärkeren. Zugleich fordern die Multis ihrerseits „*völkerrechtlich abgesicherten und vereinheitlichten Investitionsschutz*“⁶ und drohen mit Handelsbeschränkungen gegen Regierungen und Staaten, die sich ihren Bedingungen nicht unterwerfen sollten. Bestechungen bis hin zum Kampf mit örtlichen Mafiabanden, politischer Druck durch Diplomaten und Außenminister bis hin zu Drohungen mit Handelsboykott gehören zum Alltag.

Beobachter der Welthandelsorganisation WTO sprechen inzwischen von einer „Verwilderung der Sitten“ im internationalen Geschäft. Weit davon entfernt, die Völker miteinander zu verbinden, führt der Kampf um Rohstoffe und Märkte heute wieder verstärkt zu politischen Spannungen zwischen Staaten. Ein Wiederaufflammen nationalistischer Tendenzen auf politischer Ebene und die Globalisierung der Produktion schließen sich nicht aus, sondern bedingen vielmehr einander.

¹ Gerhard Brandt, in: *Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr*, Witten und Berlin 1966.

² Auch linke Kritiker von G. Brandts Studie wie Fritz Vilmar kamen über eine solche ökonomistische Betrachtung der Rüstung nicht hinaus. Vilmar wies nach, daß es sich bei dem Widerstand der kapitalistischen Interessenverbände „*um sehr begrenzte Vorbehalte gegenüber allzu forcierter Rüstung*“ handelte. Die deutschen Industriellen hätte „*trotz gegenteiliger Äußerungen... mit Erfolg darauf gedrungen, mehr und mehr Aufträge an die inländische Industrie zu geben.*“ Vilmars Einwände gegen Brandt beschränken sich darauf nachzuweisen, daß die Rüstung auch in Deutschland mehr und mehr zum Instrument der Konjunkturpolitik und der Deckung von Nachfragelücken diene. (vgl. Fritz Vilmar: *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1965, S. 276 f.)

³ George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis in die Gegenwart*, Frankfurt 1974, S. 484

⁴ G. Brandt, a. a. O., S. 243 ff.

⁵ Vgl. etwa Horst Haenisch: „Das westdeutsche Atomprogramm. Das Märchen von der friedlichen Nutzung“, in: *Klassenkampf* Nr. 41. H. Haenisch setzt sich mit liberalen Kritikern der westdeutschen Atompolitik auseinander, die darin nur ein irrationales Chaos sehen, dem kein wohlverstandenes Interesse des Kapitals zugrunde liege. Haenisch kommt dagegen zu folgendem Resultat: „*Die wirkliche Ökonomie des Atomstroms besteht darin, die Kosten für die Atomtechnologie, die aus militär- und machtpolitischen Gründen entwickelt und ausgebaut wird, zu senken, indem die 'Abwärme' dieses Verfahrens zur Stromerzeugung verwendet wird. Zwar ist Atomstrom nicht konkurrenzfähig. Die Belastung der nationalen Ökonomie wäre aber viel größer, wenn die gleiche Technologie entwickelt würde, ohne daß die Abwärme genutzt wird.*“ Die mögliche militärische Nutzung bleibt das eigentliche Ziel des Atomprogramms.

⁶ Handelsblatt, 29./30. 12. 1995

Teil III:

Deutschland und der neue Imperialismus

7 ● Kann der Kapitalismus abrüsten?

Libérale Kritiker der Rüstungswirtschaft wie J. K. Galbraith haben deren konjunkturpolitischen Aspekt durchaus gesehen. Aber sie hielten die Rüstung als Motor der Konjunktur für durchaus ersetzbar durch andere, nützlichere Staatsausgaben wie etwa den Wohnungsbau.

Sie sehen sogar die Gefahr einer Verselbständigung eines „militärisch-industriellen Komplexes“, dessen Ziel es sei, die Rüstungswirtschaft gegen Abrüstungsbestrebungen zu erhalten. Die These vom Vorhandensein eines „militärisch-industriellen Komplexes“ gewann in den fünfziger und sechziger Jahre unter liberalen Kritikern des Rüstungswettlaufs große Popularität. Kriege wie der Vietnamkrieg der USA (1964-75) wurden entweder als reine Verteidigungsmaßnahme des Westen gegen den Kommunismus gesehen oder als „Absatzmärkte“ für Waffen, als Mittel des beschleunigten Verschleißes, um so politisch die Produktion von neuen Waffen zu rechtfertigen. Einer der bekanntesten liberalen Kritiker der amerikanischen Aufrüstung und des Vietnamkriegs, C. Wright Mills, sagte, daß internationale Spannungen vom „*militärisch-industriellen Komplex*“ (einem Konglomerat von hohen Militärs und Rüstungsindustriellen) „hochgespielt“ würden, „um Grund zu erhöhten Rüstungsausgaben zu bieten“, statt sie „im Keime zu ersticken“.

Andere, wie Galbraith, führen den „*fortwährenden Druck zur Erhöhung der Rüstungsausgaben in Friedenszeiten*“ auf die „*weltweite Herausforderung des Kommunismus*“ zurück.

Die „linke“ Variante dieser Theorie einer politischen Ableitung der Rüstung ist die von Fritz Vilmar vertretene These, wonach die westliche Aufrüstung als „*Mittel, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt im Ostblock aufzuhalten*“, diene.¹

Solche Theorien hatten und haben etwas ungemein Tröstliches und Beruhigendes. Sie sollen beweisen, daß die Kriege nicht Ausdruck der kapitalistischen Ökonomie sind, sondern falscher Politik. Soweit überhaupt wirtschaftliche Ursachen der Rüstung im Kapitalismus selbst gesehen werden, handelt es sich um die verselbständigten Sonderinteressen der Rüstungskapitalisten, die wiederum im Gegensatz zu den Interessen des Gesamtkapitals stünden.

Diese Theorien gehen jedoch am Wesen des modernen Militarismus vorbei. Schon

unter Hitler waren die Aufrüstung und der folgende Krieg kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel gewesen, um dem deutschen Kapitalismus neue, profitreiche Rohstoffquellen und Absatzmärkte jenseits der nationalen Staatsgrenzen zu erschließen.

Neokolonialismus

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Aufrüstung der USA und des Westens von Beginn an das Ziel, die Anfang der dreißiger Jahre zusammengebrochenen Weltmärkte für amerikanische Waren und Kapital zu öffnen. Schon der Zweite Weltkrieg selbst diente den USA nicht nur zur Eindämmung japanischer und deutscher Weltmachtansprüche. Zugleich drangen die USA in Regionen der Welt vor, die bis dahin zum Einflußgebiet Englands und Frankreichs gehört hatten. Die Auflösung der Kolonialreiche Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Portugals wurde ebenso das Ziel amerikanischer Militärpolitik wie das Zurückdrängen der russischen Vorherrschaft in Osteuropa, wie sie aus den Waffenstillstandslinien von 1945 entstanden war.

Der Prozeß der Auflösung der alten Kolonialreiche der europäischen Mächte dauerte bis in die siebziger Jahre hinein. An die Stelle der alten Kolonialreiche traten neokolonialistische Strukturen. Diese neokolonialistischen Strukturen gewähren den ehemaligen Kolonialländern zwar die formelle politische Unabhängigkeit. Zugleich entstanden aber neue Formen der wirtschaftlichen und politischen Einflußnahme durch die ehemaligen Kolonialstaaten.

1949, vier Jahre nach Kriegsende, waren US-Truppen in 56 Ländern mit 400 Militärbasen vertreten. 1981 waren die USA immerhin noch in 25 Staaten aller Kontinente mit eigenen Militärbasen vertreten. Die direkte militärische Präsenz ist angesichts moderner Transport- und Kommunikationssysteme von geringerer Bedeutung als noch vor fünfzig Jahren. „Schnelle Eingreiftruppen“ sind entstanden, die es den großen imperialistischen Mächten erlauben, weltweit und sehr schnell zu operieren. Riesige Schlachtschiffe sind zu schwimmenden, beweglichen Militärbasen geworden, die je nach Bedarf in Küstennähe stationiert werden können.

In den siebziger Jahren gaben westliche Banken Anleihen an viele Staaten der „Dritten Welt“. Die Verschuldung dieser Länder wurde zu einem wichtigen Hebel der politischen Einflußnahme, und der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren die scheinbar unabhängigen Institutionen, die diese Abhängigkeit festschrieben. Eine Mischung von wirtschaftlicher Abhängigkeit sowie politischer und militärischer Macht kennzeichnen die neokolonialen Strukturen.

Die zahlreichen Kriege seit 1945 auf der arabischen Halbinsel und in der Golfregion zeigen, wie wichtig die neokolonialen Strukturen überall dort sind, wo es große, profitable Rohstoff- und Energiequellen gibt. Zwischen 1981 und 1988 unterstützten die westlichen Industriestaaten den Krieg des Irak unter Saddam Hussein gegen den antiwestlichen Iran. Sie sahen in der islamisch-fundamentalistischen Bewegung eine Bedrohung ihrer Ölinteressen. 1988 griffen amerikanischen Flugzeugträger auf der Seite des Irak sogar in den Krieg ein und zwangen den Iran zur Kapitulation.

Im zweiten Golfkrieg von 1991 traten die gleichen Staaten dann gegen den Irak an, weil dieser - nach dem Sieg über den Iran - nun die westliche Vorherrschaft über die Ölvorräte bedrohte. Über 200.000 irakische Soldaten und Zivilisten bezahlten mit ihrem Leben.

Der zweite Golfkrieg, der nur ein Jahr nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und des Warschauer Paktes stattfand, demonstrierte, von welcher zentralen Bedeutung die bewaffnete Staatsmacht eines Landes zur Sicherung der Profite ihrer weltweit operierenden Konzerne ist. Diese Konzerne produzieren und handeln weltweit, aber sie sind in ihrer ökonomischen Konkurrenz mit anderen Konzernen und Staaten auf die Unterstützung ihres Nationalstaats angewiesen.

Zwar schrieb Prof. Herbert Giersch, wirtschaftlicher Chefberater der Kohl-Regierung: *„Durch freien Außenhandel werden Länder wirtschaftlich voneinander abhängig, gewiß; aber genau dies sollte vernünftige Menschen daran hindern, Kriege vom Zaun zu brechen.“* Seine Parole *„Handel statt Händel“* wird aber durch die Entwicklung der letzten Jahre widerlegt. Die zunehmende Globalisierung der Produktion erhöht das Bedürfnis nach „politischem Schutz“ durch den Nationalstaat. Globalisierung der Produktion und Verschärfung der internationalen Konkurrenz sind beides Produkte der Krise des Rüstungskapitalismus seit 1973.

Neuaufteilung der Machtbereiche

Das Ende des atomaren Rüstungswettlaufs zwischen Washington und Moskau ließ lange zuvor schwelende ökonomische und politische Rivalitäten innerhalb der alten Blöcke aufbrechen. Die Konflikte zwischen den USA und Japan um Zölle, Absatzquoten und Importbeschränkungen sind ein Beispiel. Solche Konflikte sind schon heute begleitet von politischen Drohungen und Pressionen. Der aufbrechende Handelskrieg ist begleitet von einer Verschlechterung der politischen Beziehungen. Anti-japanischen beziehungsweise antiamerikanischen Stimmungen und Vorurteilen lassen die herrschenden Klassen heute freien Lauf, wo sie früher mit Rücksicht auf den Kalten Krieg gebremst hätten.

Auch der Kampf um regionale Vormacht ist neu entbrannt. Der Streit um einige Felsen in der Ägäis hätte 1996 fast zum Krieg zwischen Griechenland und der Türkei geführt. Im Kampf um einige kleine, unbewohnte Inseln, bei denen Erdölreserven im Meer lagern sollen, hat die Regierung Südkoreas Japan den Rückfall in alte imperialistische Verhaltensweisen vorgeworfen. Zur Androhung militärischer Gewalt ist es nur noch ein kleiner Schritt.

Schließlich hat der Zusammenbruch der alten Staatsordnung auf dem Balkan und im Bereich der früheren UdSSR ein Machtvakuum hinterlassen. Alle Großmächte und angrenzende Regionalmächte müssen versuchen, als erste das Vakuum zu füllen, und sei es nur aus Angst, daß andere ihnen zuvorkommen könnten. So hat 1994 der Außenminister der USA die islamischen Republiken im Süden der früheren UdSSR (Aserbeidschan, Turkmenistan, Usbekistan) mit ihren riesigen Erdöl- und Erdgasvorkommen zum amerikanischen Einflußgebiet erklärt. Inzwischen ist die USA dabei, in Aserbeidschan einen eigenen Militärstützpunkt zu errichten. Die Türkei und der Iran konkurrieren als Regionalmächte ebenfalls um Einfluß in dieser Region. Der Krieg der Russen in Tschetschenien ist umgekehrt ein Zeichen dafür, daß Rußland bereit ist, seinerseits seine Vormacht über die Region zurückzugewinnen.

Das Ende des Kalten Kriegs und die Globalisierung der Produktion haben eine instabilere Welt erzeugt, als sie über 45 Jahre im Zeichen des Ost-West-Konflikts bestanden hatte. Die relative Stabilität der Welt des Kalten Kriegs beruhte letztlich auf

der annähernd gleichen politischen Stärke der beiden führenden Mächte USA und UdSSR. Ein Machtkartell der Supermächte hatte sich herausgebildet, nachdem es der UdSSR gelungen war, in den fünfziger Jahren militärtechnisch mit den USA in etwa gleichzuziehen. Beide Mächte erkannten gegenseitig ihre Einflußzonen an. Das Kartell war jedoch niemals endgültig und umfassend, und an seinen Rändern kam es zu zahlreichen Kriegen. Die wirtschaftliche Rückständigkeit brachte schließlich auch das russische Imperium zum Einsturz. Damit endete das labile Machtkartell der Nachkriegszeit.

Keine „Friedensdividende“

Die neue Weltordnung zeichnet sich einerseits dadurch aus, daß die wirtschaftliche Konkurrenz sich enorm verschärft hat, zugleich aber militärische Gewalt wieder ohne das unmittelbare Risiko eines atomaren Weltkriegs anwendbar erscheint. Deshalb muß eine erfolgreiche kapitalistische Wirtschaft, wenn sie weiter erfolgreich sein will, bestrebt sein, ihr politisches, diplomatisches und militärisches Profil entsprechend ihrer wirtschaftlichen Macht zu gestalten. Je weniger politische und militärische Macht ein Staat besitzt, desto weniger erfolgreich wird er sein. Deshalb muß jeder größere kapitalistische Staat versuchen, ein erfolgreicher imperialistischer Staat zu werden. Und der Zusammenbruch der alten imperialistischen Weltordnung muß unausweichlich einer neuen imperialistischen Ordnung weichen.

Deshalb hat das Ende des Kalten Krieges auch nicht zu einer weltweiten Abrüstung geführt, wie viele gehofft hatten. Zwar ist der Anteil des BSP, den die Industrieländer für die Rüstung ausgaben, schon seit Ende der sechziger Jahre mit Unterbrechungen zurückgegangen: Unter Präsident Reagan machte der Rüstungshaushalt der USA 7 % des BSP aus. Anfang der neunziger Jahre betrug sein Anteil nur noch knapp 5 %. Aber in absoluten Zahlen und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zerstörungskraft der Armeen hat es keine Entwaffnung gegeben. 1995 gaben die USA 19 % mehr Dollar (in Preisen von 1980) für die Rüstung aus als 1980. Solange die Wirtschaft wächst, kann der Anteil der Rüstung am BSP fallen, obwohl die Masse der Flugzeuge, Bomben und Schlachtschiffe sich vergrößert. Technische Neuerungen im sogenannten konventionellen Bereich, dem nicht-atomaren Bereich, haben in den letzten Jahren eine extreme Steigerung der Feuerkraft mit sich gebracht.

Wie wenig Prozentzahlen über die tatsächliche Zerstörungskraft der Armee eines Staates aussagen, zeigen die Beispiele Japan und Deutschland. Beide Länder gehören seit dem Zweiten Weltkrieg zu den Ländern mit einem vergleichsweise niedrigen Rüstungsanteil.

Deutschland gibt seit Jahren weniger als 3 %, Japan sogar nur 1 % seines BSP für Rüstung aus. Aber die deutsche Bundeswehr ist nach der US-Armee die zweitstärkste Militärmacht der NATO. Und Japan verfügt mit seinem „einen Prozent“ über den drittgrößten Militärhaushalt aller Staaten überhaupt, nach den USA und Rußland.

Es sind zwar seit dem Ende des Kalten Krieges einige zehntausend atomare Sprengköpfe verschrottet worden oder sollen verschrottet werden. Aber immer noch stehen zehntausende Atomsprengköpfe zum Einsatz bereit und werden, wie die französischen Atomtests von 1995/96 zeigen, sogar weiterentwickelt.

Die „Friedensdividende“, auf die viele Menschen nach 1989 gehofft hatten, wird es

nicht geben, weil der moderne Kapitalismus nicht fähig ist, wirklich abzurüsten. Wohnungen, Schulen und Kindergärten sind zwar gesellschaftlich nützlich und ihr Bau im großen Stil kann auch konjunkturpolitisch vorübergehend Entlastung bringen. Aber die multinationalen Konzerne, die heute die Weltmärkte beherrschen, sehen darin kein geeignetes Mittel, „ihre“ jeweiligen Rohstoffquellen und Absatzmärkte gegen andere multinationale Konzerne und deren Staaten zu schützen. Wirtschaftliche Konkurrenz ist weltweit mehr denn je imperialistische Konkurrenz. Wirkliche Abrüstung kann es im reifen Kapitalismus nicht geben.

¹ vgl. Fritz Vilmar: *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1965

8 ● Der neue Imperialismus

Zwischen 1945 und 1989 war die Welt politisch bipolar, wirtschaftlich dagegen multipolar. Politisch war sie durch die Hegemonie der zwei Supermächte USA und UdSSR und den Rüstungswettlauf zwischen beiden geprägt. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes, des Gegenstücks zur NATO in Osteuropa, ist die Welt nun politisch und wirtschaftlich multipolar geworden.

In der Zeit des Kalten Krieges haben die europäischen Mächte keine unabhängige Rolle in der Weltpolitik gespielt. Sie waren Teil des Westblocks unter Führung Washingtons. Das galt weniger für Frankreich, aber um so mehr für den westlichen Teil des zweigeteilten Deutschlands. Es entwickelte sich eine Art Stellvertreter-Imperialismus.

Die herrschende Klasse Westdeutschlands, obwohl durchaus eine selbständige Macht mit eigenen nationalen Interessen, hat sich im großen und ganzen darauf verlassen, daß es im wohlverstandenen Interesse der USA läge, als Weltpolizist die westdeutschen Interessen mit zu vertreten. Die militärische Rolle Westdeutschlands beschränkte sich darauf, an der Nahtstelle zwischen West und Ost eine beträchtliche konventionelle Armee mit 500.000 Soldaten und einer großen Zahl an Reservisten bereitzustellen. Die USA spannten darüber ihren Atomschirm und garantierten so die Fortexistenz einer militärischen Pattsituation. Diese Form der militärischen Arbeitsteilung war von seiten des westdeutschen Kapitalismus niemals erwünscht, wohl aber als unausweichlich akzeptiert worden.

Nach dem Zusammenbruch der DDR und des Ostblocks durch eine Serie von politischen Revolutionen 1989/90 änderte sich die Situation schlagartig. Die USA hatten plötzlich nicht länger die politische Vorherrschaft in Europa. Der wichtigste Beweis hierfür war die Art und Weise, wie die Kohl-Regierung die Wiedervereinigung Deutschlands betrieb: nämlich vorbei an den USA, Frankreich und Großbritannien in direkten, bilateralen Verhandlungen mit der russischen Regierung unter Michail Gorbatschow.

Befürchtungen über eine politische Vormachtstellung des wiedervereinigten Deutschlands über Mittel- und Osteuropa wurden laut. Die Regierung Kohl gab sich betont zivil, von neuen, weltweiten Aufgaben der Bundeswehr war zunächst nicht die Rede.

Rudolf Augstein, Chefredakteur des Spiegel, trat schon im Oktober 1989, kurz nach Ausbruch der Revolution in der DDR, Befürchtungen bezüglich eines wiederentstehenden deutschen Imperialismus mit der Bemerkung entgegen: „*Der neue Staat würde, wie andere auch, nur noch wirtschaftlich expandieren wollen.*“ Die Leser mochten dieses „*Wie-andere-auch*“ als Absage an eigenständige imperialistische Bestrebungen verstehen. Und Augstein wollte sicher selbst gern an die „*friedliche, wirtschaftliche Expansion*“ des wiedervereinigten Deutschlands glauben.

Golfkrieg 1991

Aber schon ein knappes Jahr danach, im August 1990, erhielt das „*Wie-andere-auch*“ seine wirkliche Bedeutung, als Bundeskanzler Kohl eine Grundgesetzänderung forderte, wonach deutsche Soldaten auch „*out of area*“, das heißt außerhalb des NATO-Einsatzgebietes eingesetzt werden dürften. Anlaß für Kohls plötzlichen Sinneswandel

war die Ankündigung des US-Präsidenten George Bush gewesen, die Besetzung Kuwaits durch den Irak nötigenfalls mit Krieg zu beantworten.

Nicht alle bekamen den neuen Wind gleich mit und glaubten über den August 1990 hinaus noch an eine neue Weltordnung des Friedens und der Abrüstung. In einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie „Zur Weltwirtschaftsstellung der USA“, veröffentlicht im November 1990, hieß es über die neue Weltordnung: „*Die wirtschaftliche Leistungskraft gewinnt als Maßstab für Machtpositionen und den Einfluß von Staaten einen höheren Stellenwert.*“ und weiter: „*Im Zuge der Entschärfung regionaler Krisenherde [wird] der Frieden auf der nördlichen Halbkugel weiter gefestigt.*“ Demzufolge würde die Zukunft Ländern wie Japan und Deutschland gehören, die wegen ihrer niedrigeren Belastung durch Rüstungsverschwendung wirtschaftlich dominieren würden. Überlegene Militärmacht verlor in einem solchen Szenario tendenziell an Bedeutung.

Aber der Golfkrieg vom Januar 1991 bewies das Gegenteil. Er zeigte, daß gerade das Ende des Kalten Krieges den heißen Krieg wieder zu einem wägbaren politischen Risiko gemacht hatte. Die Gefahr der Ausweitung lokaler Konflikte zu einem atomaren Schlagabtausch der Supermächte bestand nicht mehr. Der massive Einsatz einer internationalen westlichen Streitmacht unter amerikanischer Führung gegen den Irak 1991 und sogar eine massive Bombardierung serbischer Stellungen durch die NATO im ehemaligen Jugoslawien 1995 hätte noch zehn Jahre zuvor die Gefahr eines Dritten Weltkriegs heraufbeschworen.

Für die sogenannten Handelsstaaten Japan und Deutschland war der Golfkrieg eine wichtige Lehre.

Die Invasion des Irak in Kuwait Anfang August 1990 und die massive Antwort der USA und ihrer Verbündeten ein halbes Jahr später demonstrierten, daß die bewaffnete Staatsmacht von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Profite multinationaler Konzerne ist. Eine instabilere Welt und die Globalisierung der Produktion verlangen nach mehr politisch-militärischem Schutz, nicht nach weniger. Deshalb muß eine schon erfolgreiche kapitalistische Wirtschaft, will sie, wie die deutsche oder die japanische, weiterhin international erfolgreich bleiben, ein politisches, diplomatisches und militärisches Machtprofil entwickeln, das ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspricht.

Der Zusammenbruch der UdSSR und des Ostblocks hat gezeigt, daß ökonomische Schwäche zum Zusammenbruch von politischer Stärke führen kann. Der Golfkrieg hat umgekehrt die Schranken einer bloß oder primär ökonomischen Macht gezeigt: Je weniger politische und militärische Macht ein kapitalistischer Staat besitzt, desto weniger erfolgreich wird die Wirtschaft sein, die er vertritt.

Die Globalisierung der Produktion und das Entstehen der multinationalen Konzerne haben die Fähigkeit der Regierungen eingeschränkt, wirtschaftliche Krisen durch nationale Konjunkturpolitik zu steuern. Dieser Rückzug der Staatsmacht aus der Sphäre der Ökonomie darf jedoch nicht verwechselt werden mit einem Ende staatskapitalistischer Strukturen und dem Beginn einer reinen Weltökonomie, in der politische Macht und militärisches Eingreifen keine Rolle mehr spielen. Das Ende der alten Ordnung hat die Widersprüche des Weltkapitalismus nur auf eine neue Ebene gehoben. Diese Widersprüche können nicht durch „friedliche Mechanismen“ des Weltmarktes gelöst werden.

Militärische und wirtschaftliche Macht

Das Ende des Kalten Kriegs hat diese Widersprüche mit enormer Kraft offen ausbrechen lassen. Wir erleben die Wiedergeburt der Rivalität zwischen verschiedenen großen Mächten. Deutschland und Japan streben beide danach, ihre bislang vernachlässigte politische und diplomatische Macht in Einklang mit ihrer wirtschaftlichen Macht zu bringen.

Die japanische Regierung hat gegen den Widerstand der Opposition eine Änderung der Verfassung durchgesetzt, die es ihr wieder erlaubt, die japanische Armee auch außerhalb Japans einzusetzen. Ähnlich hat der Spruch des Bundesverfassungsgerichts von 1994 eine neue Interpretation der Verfassung durchgesetzt, wonach deutsche Soldaten in weltweite Kampfeinsätze geschickt werden können.

Die relative Stabilität der alten imperialistischen Ordnung aus der Zeit des Kalten Krieges beruhte auf dem militärischen Machtgleichgewicht der beiden Supermächte. Heute stehen sich Mächte mit unterschiedlicher Stärke gegenüber. Einige, wie Deutschland und Japan sind wirtschaftlich stark, aber in ihrer Fähigkeit, militärische Macht auszuüben, immer noch schwach. Andere wie China besitzen militärische Stärke, die in Gegensatz zu ihrer immer noch relativ wirtschaftlichen Schwäche steht. Rußlands militärische Stärke ist immer noch groß, obwohl seine wirtschaftliche Macht sehr stark zurückgegangen ist. Die USA bleiben die größte wirtschaftliche und militärische Macht der Welt, aber sie besitzen nicht mehr wie früher die Vorherrschaft in Europa und Südostasien.

Deutschland und Japan sind außerdem noch weit davon entfernt, den angestrebten Platz unter den militärischen Großmächten zu besetzen, den sie anstreben. In Deutschland und in Japan gibt es starke Widerstände im Inneren gegen einen neuen Militarismus. Beide haben nach wie vor Schwierigkeiten bei dem Versuch, in ihrer jeweiligen Region zu einer vorherrschenden Militärmacht aufzusteigen. Zu groß ist der Widerstand der Philippinen, Südkoreas, Indonesiens und Chinas gegen den japanischen Militarismus. Der neue deutsche Militarismus versucht, das Mißtrauen der östlichen und westlichen Nachbarstaaten zu unterlaufen, indem er sich vorläufig noch hinter der NATO und anderen Militärbündnissen, wie etwa der Westeuropäischen Union (WEU) zu verstecken sucht. Dies löst jedoch nicht das Problem des deutschen Kapitalismus, nämlich die Notwendigkeit der Rückkehr zur „Normalität“ einer Großmachtpolitik.

Die Krise des Rüstungskapitalismus und das Ende des Kalten Krieges haben die Versuchung, militärische Macht für ökonomische Ziele einzusetzen, nicht verringert, sondern erhöht. Insbesondere die ehemaligen Supermächte USA und Rußland, die beide auf unterschiedlichem Niveau einen wirtschaftlichen Abstieg erleiden mußten, sehen in ihrer militärischen Überlegenheit den einen großen Vorteil gegenüber ihren Rivalen. Die Versuchung, diesen Vorteil zur Geltung zu bringen, ist um so größer, je ausgeprägter die wirtschaftlichen Krisentendenzen sind.

Wirtschaftliche und politische Formen der Konkurrenz gehen eine unheilvolle Verbindung ein. Das zentrale Merkmal des neuen Imperialismus ist, daß sogar die größte Macht unter den Großmächten, die USA, nicht mehr so groß ist, daß sie die gleiche Fähigkeit zur „Regulierung“ der Welt oder auch nur bestimmter Regionen der Welt hätte, wie sie die beiden Supermächte zur Zeit des Höhepunkts des Kalten Krieges besaßen. Die Großmächte versuchen nun eine viel instabilere Welt zu kontrollieren

und konkurrieren dabei zugleich miteinander. Manchmal wird es ihnen gelingen, durch gemeinsame Abkommen ein Stück Kontrolle auszuüben (Golfkrieg 1991), andere Male wird die wirtschaftliche Konkurrenz sie gegeneinander treiben (z. B. Streit um die Fortdauer der Sanktionen gegenüber dem Irak zwischen den USA und Frankreich bzw. Rußland), und schließlich wird es Fälle geben, wo militärischer Druck oder Krieg eingesetzt werden. In dieser Hinsicht beginnt die Rivalität der Großmächte der Lage vor dem Ersten Weltkrieg zu ähneln. Damals kämpften Deutschland, Frankreich, Rußland, Großbritannien und die USA um die Vorherrschaft. Sie waren weder politisch noch wirtschaftlich gleich stark. Einige Mächte stiegen auf, andere verloren an Einfluß. Aber genau diese Art der kombinierten und zugleich ungleichen Entwicklung und Konkurrenz gebar die Spannungen, aus denen schließlich der Erste Weltkrieg entstand.

9 ● Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Hunderttausende gingen im Januar 1991 in Deutschland gegen den Golfkrieg auf die Straße. Die Bundeswehr sollte nach dem Willen der Bundesregierung am Krieg beteiligt werden. Luftwaffeneinheiten auf Militärstützpunkten im Süden der Türkei nahe der irakischen Grenze sollten verstärkt werden. Unter den 400 Soldaten vom Flugabwehrraketengeschwader 36 in Bremervörde, die nach Diyarbakir verlegt werden sollten, gab es eine Welle der Wehrdienstverweigerung. Dutzende der betroffenen Soldaten reichten Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ein. In der dritten Staffel war es die Hälfte aller Wehrpflichtigen.¹ Es gab Soldatenversammlungen, in denen gegen die Entsendung abgestimmt wurde. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Joschka Fischer, rief damals noch dazu auf, „*die Friedensbewegung in die Bundeswehr hineinzutragen.*“ In den ersten vier Monaten des Jahres 1991 verweigerten 2649 aktive Soldaten, 29.390 Reservisten und 6.715 Einberufene den Kriegsdienst, das war fast die Hälfte aller Wehrdienstverweigerer.

Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellershoff, rief noch unter dem Eindruck der antimilitaristischen Proteste auf einer Kommandeurstagung mit 480 ranghohen Offizieren aus: „*Nicht die Überwindung von Angst, sondern das Ausleben von Angst ist zur Nationaltugend erhoben worden ... Es ist zu fragen, ob wir nicht den Gedanken an Krieg, Tod und Verwundung zu weit in den Hintergrund geschoben haben.*“ Für die Antikriegsstimmung machte Wellershoff „*die noch nicht abgeschlossene Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit*“ verantwortlich. Der damalige Verteidigungsminister Stoltenberg (CDU) sprach von einem „*weit verbreiteten Friedensrigorismus*“.

Die in Deutschland riesige Antikriegsbewegung gerade unter Jugendlichen löste in Bundesregierung und Bundeswehrführung eine Panik aus. Auf dem Weg zu einer eigenständig operierenden deutschen Militärmacht gab es nicht nur äußere Hindernisse, sondern auch das tief sitzende Mißtrauen der eigenen Bevölkerung zu überwinden. Der Prozeß der Umerziehung, die Gewöhnung an weltweite deutsche Militäreinsätze begann noch während des Golfkrieges und dauert bis heute an.

Verlogener „Antifaschismus“

Die Herrschenden entdeckten noch im Golfkrieg die Wirksamkeit von Argumenten, die den Antimilitarismus der Jugend auf eine Ebene mit dem Militarismus der Nazis stellten. Deutsche Unternehmer ebenso wie britische, französische und amerikanische hatten dem irakischen Militärdiktator Saddam Hussein in den Jahren des ersten Golfkrieges 1981-88 mit modernsten Waffen aufgerüstet. Im Kampf um die Kontrolle der Ölreserven am persischen Golf richtete der Diktator die Waffen seiner ehemaligen Freunde gegen diese und deren Verbündeten Israel.

Die Medien verglichen ihn nun plötzlich mit Adolf Hitler. In Deutschland stellte der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger Saddam Hussein auf eine Stufe mit dem

Naziführer Adolf Hitler. Alle, die sich weigerten, den Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Saddam zu unterstützen, wurden beschuldigt, einen „zweiten Adolf Hitler“ und eine zweite Judenvernichtung mit deutschem Giftgas zu befürworten. Die Konzerne, die Saddam in den Jahren zuvor mit Waffen und Giftgasfabriken ausgerüstet hatten, waren begeistert. Nicht sie, sondern die Friedensbewegung wurde beschuldigt.

Dieses „antifaschistische“ Muster wurde seitdem immer dann wieder hervorgeholt, wenn ein Aufflammen antimilitaristischer Proteste gegen weltweite Bundeswehrein-sätze zu erwarten war. Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), der 1991 noch gegen den Krieg der USA seine Stimme erhoben hatte, fragte 1995 die Gegner von NATO-Einsätzen auf dem Balkan: *„Läuft die deutsche Linke nicht massiv Gefahr, ihre moralische Seele zu verlieren, wenn sie sich ... vor diesem neuen Faschismus (der Serben) und seiner Politik der Gewalt wegduckt?“*

Mit dem gleichen Recht hätte man die Kroaten oder die Bosnier unter ihren extrem nationalistischen Führern Tudjman und Izetbegovic als Faschisten bezeichnen können. Denn auch sie gaben Befehle zu „ethnischen Säuberungen“ und dazugehörigen Kriegsverbrechen. Schließlich war es Franjo Tudjman, der die Symbole des kroatischen Faschismus zum Staatswappen des neuen Kroatien gemacht hatte und der die Massenvernichtung von Juden im Holocaust leugnete.

Alle Umfragen der letzten Jahre zur Frage von weltweiten Kampfeinsätzen der Bundeswehr haben gezeigt, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung gegen solche Kampfeinsätze ist. Jeder Schritt bedarf daher sorgsamer ideologischer Vorarbeit der Medien. Auf die Frage des „Spiegel“, ob Bürger und Bundeswehr auf *„solche militä-rischen Ausflüge“* vorbereitet seien, antwortete Verteidigungsminister Rühle (CDU) im Juli 1992: *„Das ist ja meine These. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“*

Menschenrechts-Imperialismus

Der neue deutsche Militarismus kommt vorläufig noch ganz selbstlos im Gewande der Verteidigung von Menschenrechten daher. Auch dazu gab Volker Rühle 1991 das Stichwort: *„Deutsche Streitkräfte müssen helfen ... internationales Recht wiederherzu-stellen.“* Friedenssicherung, Hilfe für vergewaltigte Frauen und unterdrückte Völker, kurz, die selbstlose Rettung der Schwachen und Entrechteten ist das vorgeschobene Motiv des neuen Militarismus. Als die SPD gegen den Somaliaeinsatz der Bundeswehr 1993 klagte, antwortete Rühle: *„Wer verhungert, kann nicht aufs deutsche Verfassungs-gericht warten.“*

Der Hungertod in Somalia ist seitdem jedoch weitergegangen und kümmert Volker Rühle heute nicht mehr. Wöchentlich sterben 250.000 Kinder in der Welt, weil sie unterernährt sind. 25 Milliarden Dollar jährlich würden ausreichen, damit diese Kinder weltweit genügend Nahrung, sauberes Wasser und Schulbildung erhielten. Allein 1991 flossen aber 42,9 Milliarden Dollar mehr vom armen Süden in den reichen Norden als in umgekehrter Richtung. Die Jahrhunderte währende Ausplünderung Afrikas durch Kolonialmächte wird heute durch die internationalen Banken fortgesetzt. Auch die deutschen Banken profitieren davon.

Grausame Bilder verhungender Kinder in Somalia, Interviews mit vergewaltigten

Frauen aus Bosnien sollen die Menschen unter Druck setzen, deutschen Militäreinsätzen zuzustimmen. Am 24. Mai 1992 erklärte der deutsche Außenminister: „*Wir müssen die Serben in die Knie zwingen*“. Die antiserbische Haltung fand ihren Niederschlag in Berichten über „*serbische KZs in Omarska und Brcko*“, über „*serbische Massenvergewaltigungen an muslimischen Frauen*“, und schließlich gab es die Berichte des CDU-Abgeordneten Stefan Schwarz über Menschenversuche eines „serbischen Josef Mengele“, der muslimischen Frauen angeblich Hundeföten eingepflanzt habe. Die einseitige Medienpropaganda, die die Grausamkeiten von Kroaten gegen Serben höchstens im Nebensatz erwähnt, zeigt, daß dies nichts mehr mit Berichterstattung zu tun hat. Solche Berichte über die „Feinde“ gehören zum Wesen imperialistischer Kriegsführung. Als 1914 deutsche und österreichische Truppen gegen Rußland marschierten, gab es täglich Horrormeldungen in der deutschen Presse über die barbarischen Methoden russischer Brunnenvergifter und Kinderschänder. Ähnliche erfundene Greuelberichte gab es in der französischen und britischen Presse über das Wüten deutscher Soldaten in Belgien.

Kurz vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen in Kuwait 1991 machten Horrormeldungen von irakischen Soldaten Schlagzeilen, die in kuwaitischen Krankenhäusern Babys getötet hätten. Später stellte sich heraus, daß die Meldung von einer Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA frei erfunden worden war. Aber sie hatte ihren Dienst getan. Auf solche Meldungen stützte sich der amerikanische Präsident George Bush, als er Husseins Truppen „*ungeheuerliche Akte der Barbarei, die nicht einmal Adolf Hitler begangen hat*“, vorwarf.

Die Balkanpolitik der Bundesregierung zeigt auch, daß es nicht um die viel bemühten „Bündnisinteressen“ und um die „Verlässlichkeit Deutschlands als Partnerstaat“ geht, sondern um die Fähigkeit, nötigenfalls deutsche Kapitalinteressen selbständig und weltweit mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Als Kroatien und Slowenien die Jugoslawische Föderation 1991 verließen, drängte die deutsche Regierung auf eine rasche und bedingungslose Anerkennung Kroatiens, obwohl Kroatien keinerlei Garantien für die Rechte der serbischen Minderheit in Kroatien abzugeben bereit war. Innerhalb der EU setzte die Bundesregierung sich damit in einer wichtigen außenpolitischen Frage zum ersten Mal gegen den Widerstand Frankreichs und Großbritanniens durch und über eine wenige Tage vorher getroffene EG-Vereinbarung hinweg, die die Anerkennung Kroatiens an die Beachtung der Rechte der serbischen Minderheit geknüpft hatte.

Nationale Interessen

Während in der SPD und bei den Grünen noch die Debatte über deutsche Blauhelmeinsätze im Rahmen der UNO und über „friedensbewahrende“ oder „friedensschaffende“ Militäreinsätze unter UN-Kommando tobte, hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann längst neue Leitlinien für die zukünftige Rolle der Bundeswehr in der neuen Weltordnung erarbeitet. Sein umständlicher Titel: „*Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtungen der Neugestaltung der Bundeswehr*“. Darin verlangt Naumann die komplette Umrüstung der Bundeswehr von einer Territorialarmee, die vor allem für den Einsatz in Europa geschaffen wurde, in eine Interventionsarmee, von einer Wehrpflichtigen- in ein Berufsarmee.

Auf der Grundlage dieser Leitlinien erließ Verteidigungsminister Stoltenberg am 26. November 1992 neue „Verteidigungspolitische Richtlinien“ (VPR), die eine völlige Umwälzung der Bundeswehr einleiteten. Nach den neuen Richtlinien verteidigt die Bundeswehr nicht mehr die Nation, sondern „*nationale Interessen*“. Diese Interessen werden global definiert - weil Deutschland, so Naumann, „*eine kontinentale Mittelmacht mit weltweiten wirtschaftlichen Interessen*“ ist. Sie reichen von der „*Aufrechterhaltung des freien Welthandels*“ bis zu „*ungehindertem Zugang zu Märkten und Rohstoffen*“ in aller Welt.

Der Begriff der „Normalisierung“ wurde geprägt. Das deutsche Militär solle „*möglichst wenig Unterschiede*“ zu den Streitkräften der westlichen Freundesnationen aufweisen, so Volker Rühle 1991. Kurz: Die Bundeswehr soll künftig außerhalb der NATO, außerhalb der Vereinten Nationen und außerhalb „kollektiver Sicherheitssysteme“ eingesetzt werden können, ganz so, wie die britische, amerikanische und französische Armee. Das setzt voraus, daß deutsche Militärverbände unter deutschem Kommando weltweit operieren dürfen. In den VPR wird dies klipp und klar formuliert:

„Auf der Grundlage dieser Werte (des Grundgesetzes, VM) verfolgt Deutschland seine legitimen nationalen Interessen. Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates. Sie ist Maßstab für die Beurteilung von Risiken und der Handlungserfordernisse zur Wahrnehmung der Chancen zukünftiger Entwicklung.“²

Zunächst entbrannte eine innenpolitische Debatte über die verfassungspolitische Rechtmäßigkeit einer solchen Neuorientierung. Kohl selbst hatte im August 1990 noch eine Grundgesetzänderung gefordert, weil er - wie alle Bundestagsparteien - davon ausgegangen war, daß der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Einsatzgebietes nur nach einer entsprechenden Verfassungsänderung möglich sei. FDP und SPD signalisierten Zustimmung für eine Verfassungsänderung, die Bundeswehreinätze unter dem Dach der UNO erlauben sollte.

Sprecher der Konservativen wie Karl Lamers und Jürgen Rüttgers lehnten von Anfang an eine solche Beschränkung ab. Die Bundeswehr müsse Kampfeinsätze künftig auch ohne UNO-Mandat, etwa im europäischen Rahmen (Stichwort „Europafähigkeit“) ausführen dürfen. Schließlich waren alle Parteien zufrieden, als die Rechtsunsicherheit 1994 am Parlament vorbei durch einen Spruch des Bundesverfassungsgerichts beseitigt wurde.

Rot-Grün als Kriegstreiber

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, das künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes billigt, war möglich geworden, weil die SPD-Bundestagsfraktion Klage wegen des Somaliaeinsatzes der Bundeswehr erhoben hatte. Offiziell wollte die SPD damit ihrem Widerstand gegen die Militarisierung der Außenpolitik Ausdruck geben.

Tatsächlich ersparte sie sich selbst eine innere Zerreißprobe. Längst hatten führende Politiker der Partei wie Karsten Voigt, Norbert Gansel, Hans-Ulrich Klose, Rudolf Scharping und andere für Kampfeinsätze der Bundeswehr plädiert. Die SPD-Partei-führung unter Rudolf Scharping sah in dem Verfassungsurteil sogar einen Er-

folg, da laut Gerichtsurteil das Parlament und nicht allein die Regierung über einen Einsatz der Bundeswehr entscheiden müsse.

Klose und eine Gruppe von über vierzig SPD-Bundestagsabgeordneten hatten in der Frage der Bewilligung von Kampfeinsätzen der Luftwaffe über Bosnien im Bundestag sogar mit den Konservativen und gegen die eigene Fraktion gestimmt. Wie 1991 Generalinspekteur Dieter Wellershoff, so forderte 1995 auch Klose die Deutschen auf, sich wieder ans Blutvergießen zu gewöhnen:

„So paradox es klingt: Weil Ost und West sich nicht mehr mit wechselseitiger Vernichtung bedrohen, ist heute die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Konflikte eher größer ... Anders als früher müssen sich heute auch deutsche Soldaten an den bitteren Gedanken des Waffeneinsatzes gewöhnen.“³

Indem die SPD die Entscheidung über die Verfassungsinterpretation an das Bundesverfassungsgericht delegierte, ersparte sie sich weitere Grundsatzdebatten und eine eigene Entscheidung. Die SPD-Bundestagsfraktion stimmte nach Ende der offiziellen Kampfhandlungen in Bosnien auch möglichen Kampfeinsätzen der Luftwaffe im Rahmen der Ifor-Truppen über Bosnien zu, allerdings noch mit der Beschränkung, daß dies nur unter einem Mandat der UNO geschehen darf.

Noch im Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung vom Oktober 1998 kann man lesen: „Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist an die Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden. Die neue Bundesregierung wird sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren ...“ Auch diese Beschlüsse waren das Papier nicht wert, auf dem sie standen. Denn der Kampfeinsatz der Bundeswehr gegen Serbien 1999 verletzt nicht nur die UNO-Charta, nach der Angriffe auf souveräne Staaten verboten sind, er verstößt zugleich gegen das Völkerrecht und gegen die deutsche Verfassung, die einen Angriffskrieg gegen einen anderen Staat ausdrücklich verbietet. Das Gewaltmonopol der UNO war ohnehin nie existent, aber es ist bemerkenswert, wie rasch die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen ihren eigenen Koalitionsvertrag zerreißen.

Bemerkenswert ist auch, was das *Handelsblatt* hierzu schreibt: „Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet ein grüner Außenminister dabei hilft, die Deutschen reif für den ‘gerechten Krieg’ zu machen.“ Es kann dem etwas abgewinnen, nämlich, daß so der Widerstand gegen die erste deutsche Kriegsbeteiligung nach 1945 geschwächt wird: „Hätte die konservative Regierung einer rot-grünen Opposition gegenübergestanden, wäre die Beteiligung deutscher Soldaten an den Luftschlägen kaum mit so großem Konsens beschlossen worden.“

Der Pazifismus der SPD hielt wie 1914 nur bis zum Kriegsbeginn.

Umbau der Bundeswehr

Das Muster der Salamtaktik der Konservativen war es, Tatsachen zu schaffen. Seit 1991 wird der „Neuaufbau“ der Bundeswehr im Sinne einer weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee betrieben. Danach soll die Armee in zwei Teilarmeen geteilt werden, eine „Mobilmachungsarmee“ mit knapp 300.000 Soldaten, die durch die gleiche Zahl an Reservisten aufgestockt werden kann, und eine schnelle Eingreiftruppe mit 50.000 Soldaten, die binnen 30 Tagen an jeden Punkt der Erde verlegt werden können. Erstere sind für den Landeinsatz in Europa gedacht, letztere dazu, als sogenannte

„Krisenreaktionskraft“ die weltpolitischen Interessen Deutschlands zu sichern.

Als reine Berufsarmee, hochgerüstet, hochspezialisiert und in der Waffentechnik bevorzugt, bildet sie den Kern innerhalb einer nur bedingt einsatzfähigen Armee aus Wehrpflichtigen. Im Jahr 2000 soll die Berufsarmee in der Lage sein, Kampfeinsätze in Wüste, Dschungel, Sumpf, Eis, unter oder über Wasser effektiv zu meistern. Der Anteil der Luftwaffe, und, in noch höherem Maße, der Marine an dieser Spezialtruppe ist groß. Während nur 15 Prozent des Heeres zu den Krisenreaktionskräften zählen, sind es etwa 25 Prozent der Luftwaffe und über 40 Prozent der Marine.

In der Zeitschrift „Wehrtechnik“ erklärt das Mitglied im Führungsstab der Marine, Dieter Stockfisch, warum die Marine in der Krisenarmee so wichtig ist:

„Sieben Zehntel der Erde sind mit Wasser bedeckt - die See ist daher die größte unzerstörbare Rollbahn in Frieden und Krieg. Deutschland zählt zu den größten Handelsnationen der Welt. Mehr als 50 Prozent unseres Imports und Exports werden über See abgewickelt. Unsere Rohstoffe werden überwiegend über See importiert. Die Zugehörigkeit zum Seebündnis der NATO und unsere Beteiligung an der Sicherung der Seeverbindung besitzen für unsere Handelsnation den Rang einer Überlebensfrage.“

Stockfisch sieht noch weitere Vorteile der Marine:

„See- und Seeluftstreitkräfte sind Kräfte der ersten Stunde. In der Regel können sie aus dem Stand heraus flexibel und weiträumig eingesetzt werden - und damit eine zunächst politische Aufgabe erfüllen, nämlich Flagge zeigen und Präsenz und Entschlossenheit demonstrieren ... Mit maritimen Mitteln hat man ... immer die Wahl zwischen einer Cocktailparty oder einer Bombardierung.“

Die Flotte stelle, so Stockfisch, „*die Politikfähigkeit unserer Nation sicher.*“⁴ Dafür erhält die Marine in den nächsten Jahren sieben neue Zerstörer und vier U-Boote im Gesamtwert von 7,7 Milliarden Mark. Als Herzstück wird ein neues Großlandungsschiff („Mehrzweckschiff“) gebaut, das 800 Soldaten inklusive Ausrüstung und schwerer Geräte transportieren und an fernen Küsten absetzen kann.

Insgesamt hat das Verteidigungsministerium 1996, fünf Jahre nach dem offiziellen Ende des Kalten Krieges, für den Umbau der Bundeswehr Rüstungsprojekte im Wert von 75 Milliarden Mark in Auftrag gegeben. Bereits beschlossen wurden: 180 Kampfflugzeuge (Eurofighter/ehemals Jäger 90), 345 Transport- und Kampfhubschrauber, 600 Panzerhaubitzen, ein neues Luftabwehrsystem, ein Satellitenspionagesystem sowie Großraumtransportflugzeuge. Die benötigten Gelder werden durch den hohen Wehretat der neuen rot-grünen Bundesregierung aufgebracht.

Zum Umbau der Bundeswehr gehört schließlich, daß sie wieder ein eigenes Oberkommando („Führungszentrum“) erhält. Das ist eine Bestätigung dafür, daß Einsätze der Bundeswehr auch unabhängig von der NATO vorgesehen sind, da die NATO bereits über eine eigene Führungsstruktur verfügt.

Das Eurokorps

Den Übergang zu einer eigenständigen deutschen Militärpolitik, die sich von der vierzigjährigen Vorherrschaft der USA befreit, besteht im Aufbau eines „westeuropäischen Bündnisses“. Diese Politik knüpft an die Tradition des „deutschen Gaullismus“ der frühen sechziger Jahre an, der im Bündnis mit Frankreich die Eigenständigkeit

gegenüber den USA suchte. Die Bundesregierung und Frankreich sind nach wie vor interessiert daran, eine Belebung der „Westeuropäischen Union“ (WEU) zu erreichen, die als eigenes Militärbündnis über Jahrzehnte neben der NATO an Bedeutungslosigkeit gelitten hatte. Am 16. Juni 1992 hat der WEU-Rat unter der Präsidentschaft Deutschlands beschlossen, eine 50.000 Mann starke Interventionstruppe aufzustellen.

Kurz zuvor, am 22. Mai 1992, besiegelten die deutsche und französische Regierung die Bildung eines deutsch-französischen „Euro-Korps“, das etwa 45.000 Mann stark sein soll. Dieses Korps soll auch den Kern der WEU-Armee bilden. Die USA hatten vor der Bildung dieses Korps ausdrücklich gewarnt, und auch die britische und die niederländische Regierungen äußerten Kritik. Die US-Regierung äußerte Befürchtungen, „aus Europa herausgedrängt zu werden.“⁵ Auch Außenminister Kinkel (FDP) bestätigte: „Die Amerikaner sehen das Eurokorps mit einem gewissen Mißtrauen ... Von außen betrachtet erscheint, was da im Augenblick geschieht, nicht so ganz koordiniert.“ Kinkel betonte allerdings, daß es auch ihm darum gehe, „daß wir eine europäische Komponente haben, die unabhängig von der NATO in der Lage ist, in einem begrenzten Umfang Aktionen durchzuführen.“⁶

Die offizielle Propaganda für den Aufbau einer friedens- und menschenrechtsbewahrenden Krisenstreitmacht steht allerdings im krassen Gegensatz zur Entwicklung der Außenpolitik. Der Chinabesuch Helmut Kohls im November 1995 zeigt, daß die Regierung bereit ist, selbst brutalste Unterdrücker zu umarmen, wenn es nur dem deutschen Außenhandel dient. Kohl drückte nicht nur dem chinesischen Staatschef Li Peng die Hand. Er ließ es sich auch nicht nehmen, der chinesischen Armee einen Besuch abzustatten, die 1989 mit Panzern friedliche Demonstranten in Peking niedergewalzt hatte und dabei hunderte von Toten zurückließ. Kohl konnte bei seinem Besuch immerhin Exportaufträge für einige Milliarden Mark abschließen und China wird allgemein als größter kommender Markt in Asien betrachtet.

Waffenexporte

Als die türkische Armee im Oktober 1994 mit 40.000 Soldaten in den Norden Iraks einmarschierte und im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung zahlreiche Dörfer vernichtete, forderte die Bundesregierung die türkische Regierung auf, den Irak „möglichst schnell zu verlassen“. Zum blutigen Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden und zur Ermordung zahlreicher kritischer Journalisten und Oppositionspolitiker sagte Kinkel: „Die Türkei bemüht sich um die Einhaltung der Menschenrechte.“⁷ Man vergleiche dazu Kinkels Ton gegenüber Menschenrechtsverletzungen der serbischen Regierung, die er aufforderte, „endlich auch die Schikanen und Übergriffe gegen die Albaner im Kosovo einzustellen.“⁸

Obwohl das nationale Selbstbestimmungsrecht der Kurden seitens der Türkei in immer neuen Blutbädern erstickt wurde und wird, gingen die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei weiter. 1995 wurde die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der türkischen Polizei intensiviert. Die Innenminister vereinbarten den Austausch von Daten über Straftäter, die deutsche Polizei leistet Hilfe bei der Modernisierung der türkischen Polizei. Auch die neue Bundesregierung vollzieht keinen Bruch mit dieser Politik: Man kriminalisiert die PKK weiter, unterstützte die Verhaftung von PKK-

Führer Öcalan und liefert auch weiterhin Waffen.

Daß die antiserbische Politik der Bundesregierung sich nicht aus der Sorge um die Rechte kleiner Völker nährt, zeigt nicht nur die Kurdenpolitik der Bundesregierung. Deutsche Waffenexporte an Indonesien riefen Proteste von Menschenrechtsgruppen hervor. Seit der Besetzung Ost-Timors durch die indonesische Armee findet auch dort ein blutiger Bürgerkrieg statt. Aber in Ost-Timor gibt es keine Ölvorkommen, und Indonesien empfiehlt sich als „High-Tech-Partner in Südostasien“, und die Siemens-Kraftwerksunion hat Aussicht auf Großaufträge.⁹

Überhaupt spielen deutsche Waffenexporte eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung hat inzwischen die halbe Welt aus den Waffenbeständen der NVA der ehemaligen DDR bedient. 1994 hatte die Bundesrepublik bereits einen Anteil von 14,5 Prozent (1993 noch 7 Prozent) am internationalen Waffengeschäft und konnte die weitaus höchste Zuwachsrate erzielen. Damit hatte sich Deutschland auf Platz zwei der Waffenexportländer vorgeschoben. Platz eins hielten die USA mit einem Anteil von 55 Prozent aller Waffenexporte!¹⁰

Die Waffenexporte sind nicht nur ein „Bombengeschäft“. Sie leisten darüber hinaus wertvolle Dienste als Türöffner für weitere Exportaufträge und bei der Rohstoffbeschaffung. Sie senken die Kosten für den Erhalt und den Ausbau einer technisch hochstehenden deutschen Waffenindustrie. Dies wiederum ist die Grundlage für die Schlagkraft der deutschen Armee.

¹ tageszeitung, 4. 2. 91

² zitiert aus: VPR, Nr. 7. Bemerkenswert ist die ausführliche Darstellung nationaler Sicherheitsinteressen, die ein Eingreifen der Bundeswehr rechtfertigen können:
„1. Schutz Deutschlands und seiner Staatsbürger vor äußerer Gefahr und politischer Erpressung ...

2. Vorbeugen, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können ...

8. Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung...

10. Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie ...

22. Abwehr von Angriffen auf die Freiheit und Unversehrtheit deutscher Staatsbürger oder der verbündeten Staaten im Ausland.“

(zitiert nach: Elmar Schmähling, „Kein Feind, kein Ehr. Wozu brauchen wir noch die Bundeswehr?“, Köln 1994, S. 79 f.)

³ Die Woche, 8. September 1995

⁴ Wolfgang Michal, Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995, S. 126 f.

⁵ Frankfurter Rundschau, 21. 5. und 22. 5. 1992

⁶ Frankfurter Rundschau, 25. 6. 1992

⁷ Frankfurter Rundschau, 4. 4. 1994

⁸ Frankfurter Rundschau, 19. 10. 1995

⁹ Handelsblatt, 9. 11. 1995

¹⁰ Jahrbuch des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri 1995, zitiert nach Frankfurter Rundschau, 16. 6. 1995

Perspektiven: Antimilitarismus und Sozialismus

Ausgehend von der Analyse, daß Rüstung und Krieg Ausdruck der gesamten Struktur der modernen Weltwirtschaft sind und daß ein expansives, weltumspannendes Wirtschaftsimperium wie das deutsche auf die Dauer auch weltweite militärische Präsenz notwendig macht, wäre jede Friedensbewegung zum Scheitern verurteilt, die sich damit begnügen würde, an die Herrschenden zu appellieren, auf die Militärpolitik zu verzichten.

Es gibt zwar immer wieder Vereinbarungen zwischen den Herrschenden über Rüstungsbegrenzungen, Friedensverträge und Abkommen zur „friedlichen“ Aufteilung von Einflußgebieten. Nach dem Ende des Kalten Kriegs hofften viele Menschen, daß die UNO reformiert und demokratisiert werden könne.

UNO - Reform?

Der größte und bisher grausamste Krieg der neunziger Jahre, der Golfkrieg 1991, wurde jedoch im Auftrag der UNO geführt. Die Vereinten Nationen haben noch nie Frieden gestiftet, und sie können es auch nicht. Die Vereinten Nationen, das waren zunächst einmal die Staaten, die sich im Krieg gegen Hitlerdeutschland verbündet hatten - die USA, England und die UdSSR. Gegen Ende des Weltkrieges teilten sie die Welt untereinander auf, ohne sich um die Rechte der Völker, die sie von den Nazis befreit hatten, zu scheren. Die Abkommen der Siegermächte von Potsdam und Jalta 1945, die die Nachkriegsordnung festlegten, sahen Völkervertreibung, Länderschacher und Ausplünderung ganzer Nationen vor. Es war ein imperialistischer Raubfrieden, der dem von Versailles 1918 in nichts nachstand.

Bei Kriegsende kamen zu den Siegermächten noch Frankreich und China hinzu. Es sind diese fünf Mächte, die den Sicherheitsrat, den Kern und die Führung der UNO, bilden. Dieselben fünf Nationen sind auch heute die großen Atommächte, die ihr Atomwaffenmonopol zu schützen versuchen. Allein der Sicherheitsrat der UNO kann Entscheidungen über wesentliche Aktionen treffen. Die Vollversammlung der UNO kann nur politische Empfehlungen geben, sie kann keine Beschlüsse fassen, die für den Sicherheitsrat bindend sind. Wenn eine der fünf Mächte gegen eine Beschlußvorlage ist, kommt keine Entscheidung zustande. Deshalb gab es auch keine Beschlüsse der UNO gegen die zahlreichen Kriege der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands gegen kleinere Nationen seit 1945.

Die fünf Mächte des Sicherheitsrates sind sich entweder uneinig - und das ist die Regel. Dann ist die UNO handlungsunfähig. Oder die fünf Großmächte sind sich einig wie 1991 beim Krieg gegen den Irak, dann sind die Vereinten Nationen nur die Fahne, unter der die Großmächte ihre eigenen Interessen gegenüber kleineren Nationen verfolgen. Eine Reform der UNO, die eine Gleichberechtigung der kleineren Mächte und

Nationen mit den Großmächten brächte, wäre nur durch eine Selbstentmachtung des Sicherheitsrates möglich. Dies ist so ebenso unwahrscheinlich wie der Verzicht eines Raubtiers auf seine Jagdinstinkte.

Die Geschichte der letzten hundert Jahre Imperialismus hat gezeigt, daß alle Friedensbewegungen, die sich auf Appelle an die Vernunft der Herrschenden beschränkten, gescheitert sind. Nur dort, wo es zu antimilitaristischen Massenbewegungen von unten kam, die eine wirksame Gegenmacht darstellten, gelang es, Kriege zu beenden oder zu verhindern. Aber selbst solche Massenbewegungen waren in ihrer Wirkung beschränkt, weil der Druck, den sie ausübten, nicht ausreichte, um mit dem Kapitalismus die Ursachen des modernen Militarismus zu beseitigen.

Sozialdemokratie und Antimilitarismus

Die wohl erfolgreichste antimilitaristische Massenbewegung war die Welle von Arbeiter- und Soldatenaufständen in Europa 1917/18, die schließlich ein vorzeitiges Ende des Weltkriegs erzwang. Die Lehren dieser Bewegung sind heute wieder aktuell.

1907 in Stuttgart und 1912 in Basel hatte die Zweite Internationale, der Zusammenschluß aller großen Arbeiterparteien vor 1914, beschlossen, sich mit allen Kräften einem kommenden Krieg zu widersetzen. In einer Resolution gegen den Krieg hieß es:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“¹

Am 25. Juli 1914, wenige Tage vor Kriegsausbruch, richtete sich der Parteivorstand der SPD mit einem flammenden Aufruf an die Bevölkerung, der mit dem Aufruf endete:

„Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß es den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“²

Der Friedenswille der SPD-Führung überdauerte jedoch nicht die ersten Schüsse. Am 4. August schon hieß es in einer Erklärung der Reichstagsfraktion der SPD:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen ... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.“³

Karl Liebknecht

Da die SPD-Führung sozusagen mit dem ersten Schuß ihre antimilitaristische Tradition aufgegeben hatte, übernahmen es nun die Sprecher des linken Flügels der Partei, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Resolutionen von 1907 und 1912 in die Tat umzusetzen. Karl Liebknecht, der als einziger Reichstagsabgeordneter der SPD im Dezember 1914 gegen die Bewilligung von Kriegskrediten im Reichstag gestimmt hatte, rief zu einer Antikriegsdemonstration zum 1. Mai 1916 in Berlin auf. Vor Tausenden Demonstranten rief Liebknecht: „*Nieder mit dem Kriege! Nieder mit der Regierung!*“ Er wurde sofort verhaftet.

Sechs Wochen später kam es aus Protest gegen Liebknechts Verurteilung zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe zum ersten politischen Warnstreik von 55.000 Arbeitern in Berlin. Auch in Braunschweig kam es zu ersten Massenstreiks. Die Streiks konnten Liebknechts Gefängnisstrafe nicht verhindern, brachte aber den Arbeitern die Erfahrung, daß sie auch ohne die rechte Gewerkschaftsführung, die den Krieg unterstützte, streiken konnten.

1916 veröffentlichte die Regierung ihre Annexionspläne und strafte damit die rechten SPD-Führer Lügen, die von einem reinen „Verteidigungskrieg“ gesprochen hatten. Im Februar 1917 kam es in Rußland zu Straßenkämpfen und Massenstreiks, die zum Sturz des Zaren führten. Die Nachricht von der Revolution in Rußland ermutigte die Arbeiter in den anderen kriegführenden Ländern.

Eine zweite, größere Streikwelle im April 1917 mit mehreren hunderttausend Teilnehmern konnte von den Gewerkschaftsführern auf rein wirtschaftliche Ziele beschränkt werden. Als im Oktober 1917 die Bolschewiki in Rußland an der Spitze einer Arbeiter- und Soldatenrevolution die Macht ergriffen und der deutschen Regierung sofortige Friedensverhandlungen anboten, zögerte die deutsche Regierung. Nun war noch deutlicher, daß der Krieg kein „Verteidigungskrieg“ war. Die wirtschaftliche Not wuchs, die anfängliche Hoffnung, daß der Krieg schnell siegreich beendet werden könnte und es dann zu einer Anhebung des Lebensstandards für die breiten Massen kommen würde, zerschlug sich von Monat zu Monat mehr.

Die Schwäche der ersten Antikriegsdemonstration vom Mai 1916 war es, daß sie nur die politisch bewußte Minderheit der radikalen Antikriegsgegner umfaßte. Die Schwäche der Bewegung vom April 1917 war, daß ihr eine politische Stoßrichtung gegen den Krieg fehlte und sie so noch die Illusion nährte, als könne die Lage der Massen auch ohne Beendigung des Krieges verbessert werden.

Verbindung mit sozialen Kämpfen

Im Januar 1918 kam es erneut zu Massenstreiks in kriegswichtigen Industrien. Dieses Mal flossen politische und wirtschaftliche Forderungen zusammen. In allen Berliner Großbetrieben ruhte für eine Woche die Arbeit. Eine halbe Million Arbeiter war im Streik, Verhaftungen nutzten nichts mehr. Die Regierung drohte mit dem Einsatz von Truppen. Diesem Ultimatum beugten sich die Arbeiter ein letztes Mal.

Im Oktober 1918 brachen die Kämpfe erneut aus, dieses Mal machten Kieler Matrosen der großen Kriegsschiffe den Anfang und weigerten sich auszufahren. Die Ma-

trosen verhafteten ihre Offiziere und bildeten einen Soldatenrat, der die alte Befehlsstruktur außer Kraft setzte. Die aufständischen Matrosen eroberten die Kasernen, die Arbeiter der Kieler Großbetriebe schlossen sich an. Innerhalb weniger Tage dehnte sich die Bewegung auf alle großen Industriezentren Deutschlands aus. Ein allgemeiner Aufstand der Arbeiter und Soldaten setzte dem Morden des Weltkriegs ein Ende. Arbeiter- und Soldatenräte bildeten für einige Monate ein Machtzentrum gegen die offizielle Regierung.

Es war vor allem das Verdienst des Spartakusbundes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, daß es zu einer Verschmelzung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes kam. Indem die Kriegsgegner sich die Sorgen und Nöte der kleinen Leute zu eigen machten, fanden sie den Weg in die Köpfe der Massen, die allein den Krieg beenden konnten. So entstand eine Massenbewegung gegen den Krieg aus einer Kombination aus leidenschaftlicher Antikriegspropaganda von Sozialisten und dem Kampf der Masse der Arbeiter gegen die Auswirkungen des Krieges auf ihre Lebensumstände.

Ein Soldatenaufstand hatte 1974 auch dem Krieg der portugiesischen Kolonialmacht in mehreren afrikanischen Ländern ein Ende bereitet. Auch der Vietnamkrieg der USA löste eine riesige Antikriegsbewegung aus. In zahlreichen Ländern kam es 1968/69 zu Studenten- und Arbeiterstreiks, in denen der Protest gegen den Krieg der USA eine wesentliche Rolle spielte. Die Antikriegsbewegung in den USA konnte zusätzliche Kräfte durch den Kampf der Schwarzen gegen rassistische Diskriminierung mobilisieren. Sie erschütterte das politische Regime und machte auch vor der Armee nicht halt. Die Zahl der Deserteure stieg sprunghaft an. In Vietnam kam es zu zahlreichen Übergriffen der einfachen Soldaten gegen ihre Offiziere. Hunderte Offiziere wurden von ihren eigenen Soldaten getötet.

Daß jede große Antikriegsbewegung die Armeen und die einfachen Soldaten erreichen kann, hat nicht zuletzt auch die Bewegung gegen den Golfkrieg in Deutschland 1991 gezeigt. In den Einheiten der Flugabwehr, die zum Kriegseinsatz in die Türkei verlegt werden sollten, kam es zu Versammlungen der Soldaten und zu zahlreichen Kriegsdienstverweigerungen.

Jedes neue Militärabenteuer der Herrschenden wird auch in Zukunft die Gegenkräfte wecken, die dem Militarismus ein Ende bereiten können. Die Antikriegsresolution der Sozialdemokratie von 1912 faßt die Aufgaben für Sozialisten zusammen. Es gehe darum,

„mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassengesellschaft zu beschleunigen.“

Auf heute angewandt heißt dies, daß Sozialisten den Kampf gegen das Wiedererstarken des deutschen Militarismus von Beginn an auf das engste mit den sozialen Abwehrkämpfen der Arbeitnehmer verknüpfen müssen. Im Kampf gegen den Bau des superteuren Eurofighters wird diese Verknüpfung schon heute möglich. Die unglaubliche Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums, die hier einerseits stattfindet, steht in krassem Kontrast zur Kürzung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe, den Kürzungen im Bildungssektor und dem Niedergang der Städte und Gemeindefinanzen andererseits.

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus treibt nicht nur die Konzerne dazu, weltweit nach neuen Profitchancen zu streben und dabei mit der Konkurrenz auch politisch zusammenzustößen. Sie zerreißt auch die Illusionen in die soziale Reformierbarkeit des Kapitalismus.

Heute gilt es zurückzukehren zu Rosa Luxemburgs Erkenntnis aus dem Jahre 1911, „daß der Militarismus in seinen beiden Formen - als Krieg wie als bewaffneter Friede - ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, daß also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse.“⁴

¹ Richard Müller: *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. I, Berlin 1979, S. 63

² R. Müller: a. a. O., S. 64

³ R. Müller, a. a. O., S. 66

⁴ Rosa Luxemburg: *Friedensutopien*, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin (Ost) 1972, S. 494

Weitere Literatur:

Hervorragende Analysen des Imperialismus schrieben zwei russische Marxisten: **Nicolai Bucharin**, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Frankfurt 1969 und: **W. I. Lenin**, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, Berlin 1970. Eine weitere Empfehlung ist: **A. Callinicos**, *Marxismus und Imperialismus heute*, in: *Das Kapital, der Staat und der Imperialismus*, Hannover 1992.

Eine radikale Kritik der Marktwirtschaft und der aus ihr entstehenden Krisen und Kriegen bietet: **Chris Harman**, *Der Irrsinn der Marktwirtschaft*, Frankfurt 1999.

Gute Materialsammlungen zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik seit 1990 und zur Reorganisation der Bundeswehr in eine sogenannte Interventionsarmee sind: **Wolfgang Michal**, *Deutschland und der nächste Krieg*, Berlin 1995 und: **Elmar Schmhling**, *Kein Feind, kein Ehr. Wozu brauchen wir noch eine Bundeswehr?*, Köln 1994.

Der Zerfall Jugoslawiens ist Thema dieser Texte: **Catherine Samary**, *Die Zerstörung Jugoslawiens - Ein europäischer Krieg*, Köln 1995 und: **Der Zerfall Jugoslawiens und der Krieg auf dem Balkan**, Hannover 1992.

Eine Reihe interessanter Informationen über Medienmanipulation in Kriegen bietet: **Mira Beham**, *Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik*, München 1996.

"Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können - wenn unsere Gegner ihr Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unserer neuen Bewegung mit aller Brutalität zerschlagen hätten."

(Adolf Hitler, 1934)

Wer gegen die faschistische Gefahr kämpfen will, muß wissen, was Faschismus ist, welche gesellschaftlichen Kräfte ihn stützen und unter welchen Bedingungen er zu einer Massenbewegung wie in den 30er Jahren werden kann.

W. Halbauer und V. Mosler untersuchen, wie und warum die deutsche Wiedervereinigung und die Politik der Bundesregierung ein Anwachsen des Faschismus bewirkt hat. Sie analysieren Faschismus und Rassismus. Aus dieser Analyse entwickeln die Autoren sowohl allgemeine Leitlinien wie konkrete Vorschläge für die antifaschistische Arbeit heute.

Inhalt: Wiedervereinigung, Krise und Rassismus | Rassismus, ein natürliches Phänomen | Der SED-Rassismus | Was ist Faschismus? | Die faschistische Gefahr heute | Wie wir den Faschismus bekämpfen können | Sozialismus und der Kampf gegen Faschismus

55 Seiten | 5,- DM

herausgegeben von

Sozialismus von unten

Konservative Autoren waren sich sicher, daß der Boom der 80er Jahre einen Wendepunkt in der Entwicklung des Kapitalismus markierte. Auch der Börsencrash von 1987 konnte sie nicht irritieren. Anfang der 90er Jahre standen sie der schlimmsten Rezession seit den 30er Jahren gegenüber. Sie haben keine Erklärung für die krisenhafte, wenn auch unstete Entwicklung des Kapitalismus, die sich unter anderem an einer wachsenden Sockelarbeitslosigkeit zeigt.

Anhand der marxistischen Krisentheorie spürt Chris Harman den Schwächen des Aufschwungs der 80er Jahre nach und untersucht die Krise der entwickelten kapitalistischen Staaten in den 90er Jahren. Er stützt seine Analyse auf eine Vielzahl volkswirtschaftlicher Daten.

Inhalt: Kapitalismus und Krise | Der ungleichgewichtige Aufschwung | Der Crash und danach | Vom Wunder zum Trugbild | Der Profit und die Zinsraten | Unproduktiver Konsum und die Krise | Akkumulation, Ausbeutung, Produktivität und Profite | Die Rezession | Deregulierung und die Krise | Verzögerte Rezession: Deutschland und Japan | Die Beschaffenheit der Krise | Kreditklemme?

68 Seiten | 5,- DM

herausgegeben von

Sozialismus von unten